



Wenn der Außenstehende die riesigen Apparaturen sieht, in denen sich - oft von wenigen Menschen überwacht und gesteuert — die Produktion eines modernen Hüttenbetriebes vollzieht, mag er den falschen Eindruck mitnehmen, daß in der Eisen schaffenden Industrie die Technik den Menschen verdrängt hat. Aber auch heute ist immer noch der Mensch und seine Leistung entscheidend. Dabei denken wir gleichermaßen an die geistige Leistung des Wissenschaftlers und Technikers wie auch an alle anderen Mitarbeiter an der betrieblichen Gesamtleistung. Diese ist ohne den Fleiß und die Sorgfalt des Arbeiters, ohne seine Zuverlässigkeit nun einmal nicht möglich. Darum sehen die in ihrer sozialen Verantwortung bewußten Unternehmen im Mittelpunkt ihrer Betriebsgestaltung den Menschen.

JAHRG. 6 10. MARZ 1955 3/4

AUS DEM INHALT:

Die Hauptversammlung

Unser HV- Lexikon

Wie lesen wir unsere Bilanz?

Satzungen

Gegenüberstellung der Jahresabschlüsse

Gegenüberstellung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Wie sehen unsere Jahresabschlüsse aus?

Erläuterungen zum Bilanzvergleich

Es ging aufwärts

ECHO DER ARBEIT

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Red.: Karl-Heinz Sauerland, Oberhausen (Rhld.), Werksgasthaus. ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatl. erscheinende Werkszeitschrift für die Mitarbeiter der Hüttenwerk Oberhausen AG. Auflage: 17000 Expl. VVA-Druck, Oberhausen. Klischees: Vignold, Essen.



Vor mir liegt der Geschäftsbericht unseres Unternehmens mit den Bilanzen für die Geschäftsjahre 1950/51 bis 1953/54. — Zahlen, Zahlen und nochmals Zahlen. Wer aber etwa denkt, so ein Geschäftsbericht sei eine trockene Sache, der irrt sich. Diese Zahlen sind weder leer noch langweilig. Hinter ihnen verbirgt sich ein Geflecht wirtschaftlicher Beziehungen, hinter ihnen steht das pulsierende Leben unseres Werkes: Menschen werden sichtbar, Anlagen, Maschinen, Telefone klingeln, Fernschreiber ticken, Erzeugnisse der Produktion werden verladen und auf Lastwagen, Schiffen und in Eisenbahn-Waggons in alle Welt versandt. Gar nicht tot also, diese Zahlen. Manches enthüllen sie bei näherem Hinsehen. ——

Haben doch nur wenige von uns einen Überblick über die weltweiten wirtschaftlichen Zusammenhänge. Wie viele überschauen denn überhaupt noch den eigenen Betrieb, das eigene Werk, wie viele von all denen, die Tag für Tag und Jahr für Jahr durch die Pförtnerhäuser gehen, um sich — gebend und nehmend — in das wirtschaftliche Geschehen einzuordnen! Wie aber kann man von Mitarbeitern, die die wirtschaftlichen und menschlichen Grundlagen des Werkes nicht kennen, ein Mitdenken und eine echte Mitverantwortung verlangen? Vielmehr kommt es darauf an, daß auch denjenigen Belegschaftsmitgliedern, die aus der Perspektive ihrer betrieblichen Tätigkeit eine umfassende Einsicht nicht haben können, dieser Einblick gegeben wird. Das soll unter anderem weitgehendst Aufgabe dieses Geschäftsberichtes für die Belegschaft sein. Diese Offenlegung ist gleichzeitig eine Zusammenfassung der technischen, kaufmännischen, sozialpolitischen und finanziellen Entwicklung unserer Hütte.

Früher blieben die Geschäftsberichte mit der Bilanz und der Gewinnund Verlustrechnung dem größten Teil der Belegschaft unbekannt. Aber haben wir nicht alle — Aufsichtsrat, Vorstand bis zum letzten Mitarbeiter — während der letzten Jahre in guter Verbundenheit zusammengestanden und zusammengearbeitet und daher ein Anrecht darauf, den Stand der Entwicklung in eindeutigen Erklärungen und Ziffern sehen und prüfen zu können? In diesem Sinne entspringt der Entschluß des Vorstandes, den Geschäftsbericht durch die Werkszeitung auch der Belegschaft zur Kenntnis zu bringen, der Überzeugung, daß jeder Mitarbeiter, der sein persönliches Geschick mit dem des Werkes verbunden hat, nicht weniger als der Aktionär unterrichtet sein sollte über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens. Es genügt nicht, daß einige wenige Männer an der Spitze sich mit den Sorgen des Wettbewerbes herumschlagen oder sich über Erfolge freuen. Alle Mitarbeiter sollten daran teilhaben. Das ist letzten Endes der Zweck der vorliegenden Ausgabe: Geschäftsbericht und Bilanz sollen für den größten Teil der Belegschaft nicht mehr ein Buch mit sieben Siegeln sein. Ein Wort des Dankes aber sei in diesem Zusammenhang noch an Herrn Direktor Siering und seine Mitarbeiter aus dem kaufmännischen Bereich gesagt, insbesondere an die Herren Dr. Kurrle, Dr. Winterscheidt, Sander, Dr. Richter und Dr. Hofmann, die die Herausgabe dieses Heftes tatkräftig unterstützten.

Karl-Heinz Sauerland





DIE HAUPTVERSAMMLUNG DER HÜTTENWERK OBERHAUSEN AG

AUFSICHTSRATSVORSITZENDER BUTSCHKAU: WIR MUSSEN INVESTIEREN, WENN WIR LEBEN WOLLEN!

Jede Aktiengesellschaft hat nach dem deutschen Aktiengesetz drei gesellschaftliche Verwaltungsträger: Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung. Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft; er wird durch den Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat wird unter Beachtung der Vorschriften unserer modernen Sozialverfassung — wie sie im Mitbestimmungsgesetz verankert sind — von der Hauptversammlung gewählt. Die Hauptversammlung ist nach den Vorschriften des Aktienrechts alljährlich zusammenzuberufen. Die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft ist die Zusammenkunft der Aktionäre, also der Eigentümer des Unternehmens, auf der sie die ihnen laut Aktiengesetz zustehenden Rechte wahrnehmen sollen. Ihr werden der Geschäftsbericht und der von Vorstand und Aufsichtsrat festgestellte Jahresabschluß vorgelegt; sie beschließt über die Verteilung des in dem festgestellten Jahresabschluß festgestellten Reingewinns und über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Ihr allein steht das Recht zu, Satzungsänderungen vorzunehmen.

Zum erstenmal...

Entsprechend diesen aktiengesetzlichen Bestimmungen hatte die Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft ihre diesjährige Hauptversammlung einzuberufen; sie fand am 10. Februar im Werks-

gasthaus in Oberhausen statt. Zum erstenmal saßen sich nach der Entflechtung Aufsichtsrat und Vorstand einerseits sowie die Aktionäre andererseits gegenüber. Eine besondere Bedeutung kam der HV insofern zu, als Vorstand und Aufsichtsrat Satzungsänderungen vorschlugen, denen die Aktionäre zustimmen sollten.

Satzung wurde geändert

Im Januar waren den etwa 7000 Aktionären der HOAG die sorgfältig ausgearbeiteten Geschäftsberichte entweder persönlich oder durch die Banken zugeschickt worden. Alle Aktionäre sind namentlich im Aktienregister erfaßt mit Ausnahme derjenigen, die sich durch ihre Bank vertreten lassen. Von den 104 Millionen DM Grundkapital der Hüttenwerk Oberhausen AG waren bei der Hauptversammlung insgesamt vertreten annähernd 94 Millionen DM, was 90,3 Prozent entspricht, worin 49,9 Millionen DM auf A-Aktien und 43,9 Millionen DM auf B-Aktien (ausschließlich im Besitz der Familie Haniel) entfielen.

Die Satzung wurde, wie zu erwarten war, dahingehend geändert, indem die von den Alliierten seinerzeit vorgeschriebenen Beteiligungsbeschränkungen sowie die einschränkenden Bestimmungen für den Vorstand und Außichtsrat beseitigt wurden. Damit hat die Hüttenwerk Oberhausen AG — wie

am Vormittag desselben Tages die Bergbau-AG "Neue Hoffnung" — ihre Satzung der deutschen Rechtsordnung angepaßt und die Voraussetzung dafür geschaffen, daß der Zusammenschluß beider Gesellschaften zu einem noch nicht zu übersehenden Zeitpunkt erfolgen kann. Sowohl bei Aufsichtsrat und Vorstand wie bei den Anteilseignern bestand Einmütigkeit darüber, daß die Kohle-und Eisenseite des früheren GHH-Verbundes unbedingt wieder zusammengeführt werden müsse. Ferner sprachen sich die Aktionäre für die Beseitigung der "diskriminierenden Beschränkung" des Stimmrechts aus. Bekanntlich wurde im Rahmen der Entflechtung das Aktienstimmrecht der GHH-Gründerfamilie Haniel auf ein Zehntel beschränkt. (Anm. d. Red.: Die Familie Haniel besitzt B-Aktien, die nur ein Zehntel des Stimmrechts von A-Aktien haben.) Die Beseitigung dieser Stimmrechts-Ungleichheit soll auf der nächsten Hauptversammlung beschlossen werden.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Bankdirektor Fritz Butschkau, stellte den Aktionären die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes namentlich vor und erklärte zur Zusammenarbeit in Aufsichtsrat und Vorstand: "Vorstand und Aufsichtsrat sind nach den Bestimmungen der seiner-

Ein Blick in den Saal während der Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden, Bankdirektor Butschkau. Im Vordergrund die Aktionäre. An dem langen Tisch an der Stirnseite des Saales sitzen, ür alle sichtbar, der Aufsichtsrat und der Vorstand. Bei näherem Hinsehen erkennt man von links nach rechts die Herren Matthias Hüskes, Dr. Krafft Freiherr von der Tann-R., Walter Kaecke, Martin Heix, Christian Fette, Bergassessor Dr. h. c. Hermann Kellermann, Bankdirektor Fritz Butschkau, Notar Lothar Blumberg, die drei Vorstandsmitglieder Dr. Graef, Siering und Strohmenger, Oberbürgermeister a. D. Edwin Hasenjaeger, August Jürs, Wilhelm Petersen sowie Dr. Hans Janberg.

zeit von den Alliierten vorgeschriebenen und heute hoffentlich geändert werdenden Einheitssatzung und nach Maßgabe der deutschen Gesetzgebung über die Mitbestimmung bestellt worden. Wir haben im Interesse des Werkes und der in ihm arbeitenden Menschen unser Amt übernommen, und ich möchte als sogenannter elfter Mann zum Ausdruck bringen, daß wir gut und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben und darf dazu nur erwähnen, daß wir bisher alle Beschlüsse einstimmig fassen konnten." Gerade der letzte Satz ist der beste Beweis für die Tatsache, wie gut und absolut harmonisch in bezug auf die Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat gearbeitet werden kann.

164 Millionen DM investiert

Alsdann gab Direktor Butschkau einen Überblick über die Gesamtlage des Werkes. Er erinnerte daran, daß in den vier Berichtsjahren, die Beseitigung von Kriegsschäden und Repara-turen nicht mit einberechnet, rund 164 Millionen DM neu investiert wurden. Nachdem die durch den Krieg hinterlassenen Schäden weitgehendst beseitigt waren, konnte ab 1951/52 eine echte Modernisierung der Anlagen in Angriff genommen werden, um überhaupt den Anschluß an modernere deutsche Werke, insbesondere aber auch an den erheblichen technischen Vorsprung des Auslandes, zu gewinnen. "Niemand von uns darf übersehen", so führte der Aufsichtsratsvorsitzende wörtlich aus, "daß erstaunlicherweise auf der ganzen Welt das Tempo der technischen Evolution stark zunimmt. einer Evolution, die sowohl die technischen Verfahren als auch die zugrunde liegende Materie umfaßt." In diesem Zusammenhang nannte der Vortragende einige Vergleichszahlen: Auf dem Stahlsektor investierte neu seit Kriegsende Frank-reich 321 DM pro Tonne Kapazität, England 305 DM pro Tonne und die deutschen Werke bisher lediglich 115 DM pro Tonne.

Aus Eigenmitteln finanziert

"Das Hüttenwerk Oberhausen", so sagte Präsident Butschkau, "nimmt die dringend erforderlichen Investitionen nach einem sorgsam überlegten Plan vor, um ein technisch relativ sehr veraltetes Werk von innen heraus unter möglichster Aufrechterhaltung der laufenden Produktion an den wichtigsten Stellen umzubauen. Es ist die einhellige Überzeugung von Vorstand und Aufsichtsrat, daß diese Investitionen vorgenommen werden müssen, wenn wir überhaupt leben wollen, das heißt, wenn wir unsere Erzeugnisse konkurrenzfähig absetzen, unseren Arbeitern Arbeit und Verdienst und unserem Programm die notwendige Elastizität sichern wollen!"

Wie Direktor Butschkau ausführte, wurden die bisherigen Investitionen in erheblichem Maße

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Bankdirektor Fritz Butschkau, gab den Aktionären in seinem Referat einen genauen Überblicküberdie Gesamtlage der Hüttenwerk Oberhausen AG. Neben ihm Notar Lothar Blumberg, derdas Protokoll zur Hauptversammlung führte. Aufden beiden Bildern darunter hat die Kamera die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes aus etwas näherer Perspektive festgehalten. Auf dem mittleren Bild von rechts nach links: Dr. Hans Janberg, das Vorstandsmitglied der IG Metall Wilhelm Petersen, August Jürs als Vertreter der Arbeiterschaft des Werkes im Aufsichtsrat, Oberbürgermeister a. D. Edwin Hasenjaeger, Arbeitsdirektor Karl Strohmenger, der kaufmännische Direktor O. A. Siering und der technische Direktor Dr. Rudolf Graef. Unten von links nach rechts: Der Vertreter der Angestellten des Werkes im Aufsichtsrat M. Hüskes, Dr. Krafft Freiherr von der Tann-R., Walter Kaecke, Bundestagsabgeordneter Martin Heix, Christian Fette als Vertreter des DGB im Aufsichtsrat, der frühere Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Bergassessor Dr.h.c. Hermann Kellermann, und Bankdirektor F. Butschkau.







HAUPTVERSAMMLUNG

Fortsetzung

aus Eigenmitteln finanziert. In den vier Berichtsjahren stehen den bereits erwähnten Investitionen von rund 164 Millionen DM Abschreibungen in Höhe von rund 130 Millionen DM gegenüber; von diesen waren 90 Millionen DM Normalabschreibungen und 40 Millionen DM Sonderabschreibungen nach § 36 des Investitionshilfegesetzes, die aus der Rücklage entnommen werden mußten. (Anm. d. Red.: Hierzu vergleichen Sie bitte die Bilanz-Erläuterungen auf Seite 40.)

Für stabile Preise

Darüber hinaus sind natürlich für die großen Vorhaben auch Fremdmittel zur Restfinanzierung aufgenommen worden und werden auch noch weiter aufzunehmen sein. Nach einer altbewährten Finanzierungsmethode befolgt die Gesellschaft hierbei den Grundsatz, langfristige Investitionen auch langfristig zu refinanzieren.

Das Verhältnis zwischen Finanzierung aus eigenen Mitteln und Finanzierung aus Fremdmitteln wird, so gab Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau zu verstehen, weitgehend von der Preisentwicklung abhängen. Dabei sprach er sich eindeutig für stabile Preise aus. "Wir haben es mit einer vernünftigen, auf lange Sicht zielenden Preispolitik in der Hand, den Kapitalmarkt in Deutschland pfleglich oder unvernünftig zu behandeln. Es wäre jedoch ein Trugschluß, diese Erkenntnis dadurch an Wert mindern zu wollen, auf die Möglichkeiten ausreichender langfristiger Finanzhilfen durch das Ausland zu rechnen. Wenn irgendwo, gilt hier der Satz: "Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott!""

Die Unruhe, so folgerte der Redner, die gerade in dem Augenblick, in dem wir unsere Hauptversammlung abhalten, auf dem Gebiete des Preissektors im Zusammenhang mit der Erhöhung der Stahlpreise eingetreten ist, sollten wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Eine auf Preisstabilität gerichtete Wirtschaftspolitik liege unbedingt im Interesse unseres Werkes, das daran denke, seine Investitionen vernünftig zu finanzieren. Als Bankmann fügte er die Frage hinzu, ob es nicht

für ein produzierendes Werk, das in den nächsten Jahren noch viele Investitionen zu verkraften habe, um leben zu können, nicht besser sei, eine gute Konjunktur durch stabile Preisgestaltung in die Länge zu ziehen, als die Erreichung des Gipfels einer Konjunkturwelle durch Preissteigerungen zu beschleunigen und dann an dem Mehrgewinn das Finanzamt unangemessen zu beteiligen und später während noch laufender Investitionsprogramme eventuell vor Rückschlägen zu stehen? Allen, die dies nicht einsehen, immer wieder auf das Beispiel Amerika hinweisen und die Spielregeln der Marktwirtschaft uneingeschränkt angewandt wissen wollen, rief er zu: "Wir sind hier nicht in Amerika!"

Beschäftigung gesichert

"Uns im Hüttenwerk Oberhausen kommt zugute, daß wir die Durchführung unserer neuen Investitionen in einer Zeit vornehmen, in der die Markt-lage günstig ist." Präsident Butschkau ging im Rahmen dieser Erkenntnis davon aus, daß der gegenwärtige Auftragsbestand, der trotz Zurückhaltung bei der Annahme von Aufträgen in letzter Zeit gestiegen ist und eine Beschäftigung des Werkes in allen Erzeugnissen für die nächste Zukunft sichert. "Der allgemeine Konjunkturausblick läßt uns damit rechnen, daß unsere Anlagen, insbesondere unsere Neuanlagen, ausgelastet werden und das Investitionsprogramm von dieser Seite nicht gefährdet wird." Der Umsatz in dem ersten Vierteliahr des Geschäftsjahres 1954/55, also vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember, ist auf 135 Millionen DM gestiegen, was einem Monatsdurchschnitt von 45 Millionen DM entspricht. Noch einmal auf die Preisstabilität eingehend, erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende, daß man bemüht sei, soweit sich echte Kostenverteuerungen ergäben, diese mit den Kostensenkungen aus der Rationalisierung auszugleichen. Dagegen aber würde man unter Umständen nicht in der Lage sein, unverantwortliche Preissteigerungen, die beispielsweise beim Schrott, einem der wichtigsten Rohstoffe der Hüttenindustrie, festzustellen seien, aufzufangen.

Zur Wiederherstellung der Verbundwirtschaft im Oberhausener Raum sagte Direktor Butschkau wörtlich: "Natürlich spielt bei uns das Verhältnis zur Kohle eine besondere Rolle. Bei der Erwähnung der Kohle möchte ich zum Ausdruck bringen, daß die gewaltsame Trennung, die bei der Entflechtung der Gutehoffnungshütte zwischen der Stahl- und Kohleseite vorgenommen wurde und den Stahl-Kohle-Verbund zerrissen hat, außerordentlich störend wirkt. Wir müssen daher die Bestrebungen unterstützen, um eine enge Verbindung mit der Kohle herzustellen und so das im Oberhausener Raum einmal gewachsene Gebilde zum Vorteil aller wieder neu zu beleben."

Drei Prozent Dividende

Bevor er auf die Dividende zu sprechen kam, ging der Vortragende auf die Ertragslage des Werkes ein. Hierzu bemerkte er einleitend, daß vom 1. Oktober 1950 bis zum 31. August 1951 die Zeit des Betriebnutzungsvertrages mit der GHH galt, wo die Bruttoüberschüsse in der Vermögens-einheit der Gutehoffnungshütte verrechnet wurden. Der für das erste Jahr der Berichtszeit (1950/51) ausgewiesene Gewinn von 165 000,— DM (Anm. d. Red.: Vgl. Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) entfällt somit nur auf den letzten Monat dieses Geschäftsjahres. In den Geschäftsjahren 1951/52 bis 1953/54 wurden vor Ausnutzung steuerlicher Möglichkeiten Erträge zwischen 4,2 und 3,2 Millionen DM erzielt. Diese Erträge reichten aber nicht aus, um die steuerlichen Vorteile aus den gesetzlichen Bestimmungen der Sonderabschreibungen ausnutzen zu können. Aus diesem Grunde wurde die sogenannte "Andere Rücklage" (Anm. d. Red.: Vgl. Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) in Anspruch genommen. Nur dadurch wurden die Beträge zur Dividendenzahlung verfügbar. Die Dividende, die von unserer Gesellschaft verteilt wird, liegt mit 3 Prozent nur etwa halb so hoch wie die Zinsen, die heute für Anleihen gezahlt werden, dürfte aber als Anfangsdividende nach jahrelanger Dividendenlosigkeit Befriedigung bei den Aktionären ausgelöst haben, die gleiche Befriedigung, die die Verwal-– und sicherlich auch die Belegschaft — über die Möglichkeit der Verteilung empfindet. "Mehr zu tun", so erklärte Direktor Butschkau, "konnte für diese Jahre nicht verantwortet werden!" Weiter erläuterte er in diesem Zusammenhang, daß es

UNSER HV-LEXIKON

ZUM BESSEREN VERSTÄNDNIS BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER UND AKTIENRECHTLICHER BEGRIFFE

ABSCHREIBUNGEN

Abschreibungen erfassen die Wertminderung durch Abnutzung, d. h. durch Gebrauch (Arbeit) bei den Gütern des Anlagevermögens; sie dienen der Erneuerung der Anlagen. Nach einer Reihe von Jahren ist eine Maschine nicht mehr voll arbeitsfähig, sie verliert Jahr für Jahr an Wert. Dieser Vorgang wird durch die Abschreibung wertmäßig erfaßt und in der Bilanz berücksichtigt. Würde man das unter-lassen, so stände das Vermögen zu einem zu hohen Wert in den Büchern. Deshalb wird für diese Wertminderung eine bestimmte Summe angesetzt; sie wird vom wirklichen Wert, den die Anlagen zur Zeit haben (vom Zeitwert) oder auch vom Anschaf-fungswert abgeschrieben. Sie ist für das Unternehmen Aufwand. Würde ein Unternehmen keine Abschreibunvornehmen, so könnte es vielleicht nach einer Reihe von "Gewinnjahren" vor dem Ruin stehen, wenn es plötzlich seine Anlagen erneuern müßte.

AKTIE

Die Aktie ist ein Wertpapier, das ein Miteigentum an einem in Form einer Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmen bescheinigt. Im Verhältnis zu seinem Aktienanteil übt der Aktionär

in der Hauptversammlung sein Stimmdamit seinen Einfluß auf den Betrieb des Unternehmens aus. Man unterscheidet zwischen Namens- und Inhaberaktien. Erstere lauten auf den Namen des Aktionärs; unter diesem Namen muß die Aktie in das Aktienbuch eingetragen werden, und bei jedem Verkauf muß die Änderung im Aktienbuch vermerkt werden. Die Gesellschaft weiß demnach immer, wer der Besitzer der Aktien ist. Nach der Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie wurden auf Grund allijerter Bestimmungen hier u. a. Namensaktien eingeführt, um zu verhindern, daß durch unkontrollierte Käufe von Aktien bei den neuen Gesellschaften erneut eine besitzmä-Bige Verflechtung der entflochtenen Unternehmen eintrat. Die Inhaber-aktiedagegenist,,namenlos" und kann vom Inhaber beliebig verkauft werden und von Hand zu Hand gehen. Durch einen Verkauf können sich die Besitzverhältnisse in einem Unternehmen ändern, ohne daß die Unternehmensleitung davon weiß und Einfluß darauf nehmen kann. - Von allen Wertpapieren hat die Aktie - als Vermögensanteilpapier — die Geldent-wertung und Währungsreform am besten überstanden. Der Mindestnennbetrag des Grundbetrages der Hüttenwerk Oberhausen AG beträgt zur Zeit 100 000,— DM, der einer Aktie 100,— DM.

AKTIENGESELLSCHAFT

Die Aktiengesellschaft ist eine Gesellschaft, eine juristische Person, deren Gesellschafter mit bestimmten Beträgen an dem in Aktien zerlegten Grundkapital (bei uns 104 Mill. DM) beteiligt sind. Das Recht der Aktiengesellschaft ist im Aktiengesetz geregelt.

AKTIONÄR

Aktionär ist der Eigentümer einer oder mehrerer Aktien.

ANLEIHEN

Ein Weg zur Beschaffung von Mitteln für den Ausbau von Werksanlagen ist die Anleihe, bei der man meist über Banken Geld zu einem festen Zinssatz unter Bedingung befristeter Rückzahlung beschafft.

BETEILIGUNGEN

Unter Beteiligungen versteht man dauernden Besitz von Kapitalanteilen einer Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft. (Vgl. Lexikon, "Holding".)

BILANZ

Bilanz ist die zahlenmäßige Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden einer Unternehmung. Die Vermögensseite nennt man Aktivseite, die Schuldenseite Passivseite (Aktiva und Passiva). Die Aktivseite gliedert sich in Anlage- und Umlaufvermögen, die Passivseite in Eigen- und Fremdkapital. Die Passivseite gibt die Herkunft des Vermögens an, nämlich aus Eigenkapital (Aktienkapital und Rücklagen) und Fremdkapital, d. h. den Beträgen, die das Unternehmen anderen schuldet. Auf der Aktivseite sehen wir die Form, in der das Vermögen arbeitet, also in Form von Werksanlagen und in Formen des Umlaufvermögens, also mehr oder weniger flüssige Mittel. Die Bilanz ist in der Regel jährlich zu erstellen.

DIVIDENDE

"Die HV (Hauptversammlung = Versammlung der Aktionäre oder Eigentümer einer Gesellschaft) beschloß eine Dividende von 3 Prozent." Das heißt, daß die Gesellschaft mit Gewinn gearbeitet hat. Dieser Überschuß soll nun u. a. so verteilt werden, daß jeder Aktionär für 100 DM seines Kapitalanteils 3 DM als Gewinnanteil, als Dividende (von dividere, lat. = teilen) erhält. Die Aktionäre haben keinen festen Zinsanspruch für ihr in einer Gesellschaft angelegtes Kapital; sie können vielmehr nur den Gewinn verteilen; ist er hoch, so kann auch

dem Werk infolge der erheblichen Investitionen der letzten Jahre und der noch ausstehenden Investitionsvorhaben nicht möglich gewesen sei, ein für ein solches Unternehmen normales "Fettpolster" zu schaffen. Doch wolle er damit nicht sagen, daß 3 Prozent für das Werk für die Zukunft die richtige Kennzahl sei. Die Investitionen würden sich eines Tages auswirken und auch ihren Niederschlag beim Reingewinn finden.

Sinkende Belegschaftszahlen

"Bei Durchsicht des Geschäftsberichtes" — fuhr der Redner, an die Aktionäre gewandt, fort — "wird es Ihnen aufgefallen sein, daß gemessen an der Rohstahlerzeugung, die gewissen Schwankungen unterlegen hat, die Belegschaftszahl eine fallende Tendenz zu verzeichnen hat." Er erklärte hierzu, daß die Leistung je Mann und pro Schicht nach vorübergehendem Abfallen wieder gestiegen sei und sie im Dezember 1954 mit elf Tonnen pro Mann wieder auf dem Normalstand angelangt sei. Entsprechend den Auswirkungen der Rationalisierung dürfte zu erwarten sein, daß die Leistungssteigerung auch in Zukunft weiter anhalten und damit das Verhältnis von Belegschaftszahl zur Rohstahlerzeugung sich laufend günstiger auswirken wird.

39 Mill. DM für Pensionen

Die Sozialpolitik des Werkes erläuternd, versicherte der Aufsichtsratsvorsitzende, daß das Werk seine grundsätzliche Tendenz, die soziale Fürsorge lediglich auf Fälle unverschuldeter Not zu beschränken, weiter verfolge. (Über die gesetzlichen und üblichen freiwilligen sozialen Aufwendungen in den einzelnen Geschäftsjahren gibt die Gewinn- und Verlustrechnung auf Seite 42 dieser Ausgabe Auskunft.) Für Pensionsrückstellungen wurden in der Berichtszeit, das heißt in vier Jahren, rund 39 Millionen DM aufgewendet. Direktor Butschkau wörtlich: "Zu den Pensionen ist grundsätzlich zu sagen, daß die Altersversorgung der Belegschaft, auch international gesehen, ein Erfordernis ist, dem überall Rechnung getragen wird. Wir haben deshalb gern und einstimmig im Aufsichtsrat die Pensionsordnung beschlossen." Die Aktionäre



So sieht eine 100-DM-Aktie der Hüttenwerk Oberhausen AG aus. Es sind Namensaktien, die seinerzeit auf Beschluß der Alliierten für die Montanindustrie vorgeschrieben wurden, wodurch verhindert werden sollte, daß durch unkontrollierte Käufe von Aktien erneut eine besitzmäßige Verflechtung der entflochtenen Unternehmen eintrat.

klatschten Beifall, als der Vortragende das auf der Titelseite der vorigen Ausgabe der Werkzeitung abgedruckte Schreiben verlas, worin die Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft mitteilt, daß die Hüttenwerk Oberhausen AG wie bereits 1953 so auch im vergangenen Jahr die niedrigste Unfallziffer aller einschlägigen Großbetriebe aufzuweisen hat, daß es darüber hinaus sogar gelungen ist, die durchschnittliche Unfallhäufigkeitsziffer, die insgesamt während des letzten Jahres in den Hütten- und Walzwerken von 13,0 auf 12,6 (bezogen auf 1000 Arbeiter) fiel, in Oberhausen von 8,6 auf 6,7 zu senken.

Wirtschaftlich gesund

Zusammenfassend schloß Präsident Butschkau seinen Bericht mit der Feststellung, daß das Hüttenwerk Oberhausen, das sich im Stadium zunehmender Modernisierung befindet, in seiner wirtschaftlichen Struktur durchaus gesund sei. "Diese Entwicklung wäre nicht möglich gewesen ohne die Einsatzfreudigkeit des Vorstandes und der gesamten Belegschaft, ihren Geist, ihren Fleiß und ihre Arbeitskraft. Für diese Gesamtleistung möchte ich allen Mitgliedern des Werkes vor der Hauptversammlung aufrichtig danken!"

die Dividende, das, was verteilt werden kann, hoch sein. Der Reingewinn einer Aktiengesellschaft unterliegt der Körperschaftssteuer. Von der ausgeschütteten Dividende haben die Aktionäre ihrerseits Einkommensteuer zu zahlen. Der Aktionär hat ferner Einkommensteuer aus der Dividendeneinnahme zu zahlen.

ENTFLECHTUNG

Nach dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurde u. a. als Ziel der gemeinsamen Besetzung Deutschlands vereinbart, die deutsche Wirtschaft so vereinbart, ale deutsche Wirtschaft so schnell wie möglich zu dezentralisie-ren. Die nach Ansicht der Alliierten bestehende übermäßige Konzentra-tion wirtschaftlicher Macht sollte be-seitigt werden, wie sie insbesondere in Form von Kartellen, Syndikaten Konzernen und anderen monopolistischen Gebilden in Erscheinung trat. Für die Besatzungsmächte waren beispielsweise die Konzerne nur wirtschaftliche "Machtzusammenballungen", obwohl es meist Zwerge waren gegenüber den Konzernen, die heute in USA Stahl erzeugen. Die Konzerne mußten deshalb "entflochten" werden. Ein Plan dazu wurde, nachdem die Werke schon 1945 und 1946 beschlagnahmt worden waren, 1947 von einer aus deutschen Persönlichkeiten bestehenden Treuhandverwaltung ausgearbeitet. Diese Treuhandverwaltung war am 15. Oktober 1946 zur "Bearbeitung der Kontrolle der

Vermögen der Eisen- und Stahluntervermogen der Eisen- und Staniunternehmungen" von der britischen Militärregierung errichtet worden. Nach
dem Entflechtungsplan der Treuhandverwaltung wurden zwischen dem
1. März 1947 und dem 1. April 1948
24 Hüttenwerke aus den Altkonzernen ausgegliedert und betriebswirtschaftlich selbständig gemacht. Betriebs-benutzungsverträge regelten zunächst das Verhältnis zwischen den alten und neuen Gesellschaften. Bei diesen "entflochtenen Gesellschaften" handelte es sich ausschließlich um Hüttenwerke, die den Kern der alten Gesellschaften bildeten. Trotz dieser Entflechtung waren die an ihr beteiligten deutschen Fachleutebemüht, zu einer endgültigen und vernünftigen neuen Organisationsform der Stahlunternehmungen zu kommen, die auch nach Ablösung der alten Konzernunternehmungen eine möglichst hohe wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit ermöglichen sollte. Für diese Männer waren, wie Dr. H. Dinkelbach, der führende Mann der Stahltreuhänder-Vereinigung, es formulierte, die Hüttenwerke nur Bausteine, die später wieder, auch mit den Verarbeitungsbetrieben, verbunden werden sollten.

Die Entflechtung war 1948 abgeschlossen; es folgte dann die sogenannte "Neuordnung" nach Gesetz 75 vom 10. November 1948 und dem späteren Gesetz Nr. 27 vom 16. Mai 1950. (Vgl. Lexikon "Verbundwirtschaft".)

ERTRAGSSTEUERN

Vom Gewinn (Ertrag) abhängige Steuern, z. B. Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Notopfer Berlin. Hierzu zählt auch die Gewerbesteuer, soweit sie vom Gewinn errechnet wird.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält eine aktiengesetzlich vorgeschriebene Gruppe von Aufwendungen und Erträgen. Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz der AG sind nach den Gesetzesvorschriften zu veröffentlichen. Im Gegensatz zur Bilanz. wo sämtliche Einzelposten gezeigt werden müssen, erscheinen in der aktiengesetzlich vorgeschriebenen Gewinn- und Verlustrechnung zum Teil gegeneinander aufgerechnete Posten. Es werden also nicht alle Aufrechnungen und Erträge gezeigt. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung aufgeführten Posten unterliegen in ihrer Auswahl jedoch nicht dem freien Ermessen, sondern sind vom Gesetzgeber vorgeschrieben. Vor allem interessieren auf der Aufwandseite die Posten der Löhne und Gehälter, der gesetzlichen und freiwilligen sozialen Aufwendungen, der Abschreibungen und der Steuern, sowie auf der Ertragsseite der Rohüberschuß, der keinesfalls mit dem Reingewinn zu verwechseln ist.

HOLDING-GESELLSCHAFTEN

Eine Holding-Gesellschaft hat keine eigenen Fabrikationsbetriebe. Das ist das Wesentliche. Sie verwaltet nur, hält oder hat nur (von to hold, engl. = halten) Beteiligungen von anderen Unternehmungen. Dadurch, daß bei einer Aktiengesellschaft 51% der Aktien genügen, um dieses Unternehmen weitgehend zu bestimmen, kann der Einfluß einer Holding-Gesellschaft durch derartige Beteiligungen selbst bei geringerem Kapital sehr groß sein. Die Holding-Gesellschaften haben u. a. den Zweck, die Verbundwirtschaft von Kohle und Eisen, die zunächst von den Alliierten verboten war, zu einem gewissen Teil wieder zu ermöglichen. Daher nennt man diese Holding-Gesellschaften auch Verbundgesellschaften. Ebenfalls gebräuchlich ist für sie der Name Dach-Gesellschaften, wenn sich der Begriff auch nicht ganz mit dem der Holding-Gesellschaften deckt, da Dach-Gesellschaften neben Kapitalanteilen von Gesellschaften selbst noch Fabrikationsunternehmen besitzen können. Schließlich bezeichnet man die Holding als Mutter-Gesellschaft und die ihr angeschlossenen Unternehmen als Tochter-Gesellschaften. Die Alliierten haben für die Holding-Gesellschaften in der Montanwirtschaft das Wort Ober-Gesellschaft gewählt. Zur Zeit also gilt: Holding-Gesellschaft = Dach-Gesellschaft = Verbund-Gesellschaft = Mutter-Gesellschaft = Obergesellschaft.

HYPOTHEK

Hypothek heißt Grundschuld. Eine geliehene Summe wird zur Hypothek, wenn diese Summe durch Eintragung in das Grundbuch auf einem Grundstück gesichert wird. Das Grundstück gilt als Sicherheit. Außerdem haftet der Eigentümer persönlich für diese Hypothek. Das Grundbuch ist ein Verzeichnis aller Grundstücke.

INVESTITIONEN

(von investire, lat. = anlegen). Werden nur alte Maschinen und Éinrichtungen repariert oder ersetzt, wird der "Produktionsapparat" lediglich auf dem derzeitigen Stand gehalten, so nimmt man Ersatz-Investitionen vor. Wird der Produktionsapparat jedoch erweitert, so spricht man von Neu-Investitionen, auch Netto-Investitionen genannt. Die gesamten Investitionen, also Ersatz- und Neu-Investitionen zusammen, nennt man Brutto-Investitionen. Infolge der großen Zersförungen während des Krieges, der Demontage, der Überalterung unserer Anlagen und vor allem des Bevölkerungszuwachses in Westdeutschland ist der Investitionsbedarf der westdeutschen Wirtschaft außerordentlich groß.

KONZERNE

Vereinigung mehrerer rechtlich selbständig bleibender Unternehmungen unter einheitlicher wirtschaftlicher Leitung zum Zwecke der Durchführung der Verbundwirtschaft; die einzelnen Unternehmen sind Konzernunternehmen.

LIQUIDITÄT

Die "Liquidität" ist vornehmlich ein Begriff aus dem Banken- und Kreditwesen. Liquidus heißt im Lateinischen flüssig. Ein Unternehmen ist dann liquide, wenn es in der Lage ist, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

PRODUKTIVITÄT

Die Erhöhung der Produktivität ist für unsere Wirtschaft eine der wichtigsten Aufgaben. Es ist deshalb gut, zu wissen, worum es dabei geht. Produktivität ist etwas anderes als Produktion. Die Produktion (producere, lat. = hervorbringen, erzeugen) ist die Erzeugung schlechthin. Stellt ein Stahlwerk z.B. in einem Monat 100000 t Stahl her, so sind diese 100000 t die Produktion. Unter Produktivität versteht man im allgemeinen das Verhältnis der Erzeugung zu dem dazu erforderlichen Aufwand. Meist denkt man dabei an die Produktivität der Arbeit. Nehmen wir z. B. an, das Stahlwerk hätte bisher 4000 Arbeiter benötigt, um diese Menge im Monat herzustellen; nun gelingt es aber, durch bessere Orga-nisation, bessere Öfen, Erhöhung der Arbeitsfreude und Leistungsfähigkeit der Arbeiter, eine Produktionsmenge von 125 000 t zu erzeugen, so wäre die Produktivität um 25% erhöht worden. Erhöhung der Produktivität bedeutet also in erster Linie, die Leistung pro Kopf oder je Mann und Tag bzw. Stunde erhöhen. Das ist besonders wichtig, wenn die Arbeitskraft teuer ist. Fachleute haben jedoch dgrauf hingewiesen, daß man die Produktivität nicht nur am Arbeitsaufwand, der für eine gewisse Gütermenge nötig ist, messen kann. Bei der Eisenerzeugung könne die Produk-tivität wesentlich dadurch erhöht werden, daß man auf einen geringen Ver-brauch von Kohle und Energie pro

Tonne Eisen hinarbeite. Ziel der Produktivitätssteigerung ist eine höhere Produktion bei verhältnismäßig niedrigem Aufwand, also niedrigeren Kosten, und eine Verbilligung der Erzeugung im Interesse der Verbraucher.

ROHÜBERSCHUSS

Posten der Gewinn- und Verlustrechnung einer Aktiengesellschaft, der sich aus der Verrechnung von Jahresertrag (in der Hauptsache Erlöse der umgesetzten Waren) mit im Aktiengesetz bestimmten Aufwendungen ergibt. Diese Saldierung ist zugelassen, um der Gesellschaft die Offenlegung des Umsatzes vor der Konkurrenz zu ersparen. Der entstehende Posten "Rohüberschuß" ist somit ein anonymer Saldo aus der Differenz Ertrag abzüglich bestimmter Aufwendungen.

In unserer auf Seite 42 dieserAusgabe veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnung sind wir über die gesetzliche Mindestforderung hinausgegangen und haben jedoch sämtliche Werte gezeigt.

RÜCKLAGEN

Rücklagen (Reserven) stellen nichtausgeschüttete Gewinne dar. Ihr Zweck ist die Deckung eventueller zukünftiger Verluste. Sie dienen der Sicherheit der Unternehmung.

Z. T. sind die Rücklagen gesetzlich vorgeschrieben (10% des Grundkapitals), z. T. sind sie freiwillig. Die meisten Unternehmen haben heute recht hohe Rücklagen. Ihre richtige Anlage sichert die Arbeitsplätze. Den Rücklagen steht auf der Aktivseite kein Bankguthaben oder Bargeld gegenüber, sondern sie sind im Gesamtvermögen des Unternehmens enthalten.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen sind nicht mit den Rücklagen zu verwechseln. Rückstellungen stellen Schulden dar. Sie werden gebildet für Verpflichtungen, Ausgaben usw., die zwar dem Entstehungsgrund nach bekannt, die aber in ihrer Höhe und auch im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit unbekannt sind. Wenn wir z. B. noch nicht genau die Steuern des abgelaufenen Geschäftsjahres kennen, bilden wir für sie Rückstellungen. Daß man sie bezahlen muß, steht fest, die genaue Höhe kennt man dagegen noch nicht, deshalb werden sie geschätzt.

VERBUNDWIRTSCHAFT

Von einer Verbundwirtschaft spricht man im wesentlichen bei Kohle und Eisen und in der Energiewirtschaft. Für die Hüttenindustrie ist der Verbund besonders wichtig mit den Kokereien der Zechenanlagen, um einen guten und gleichmäßigen Koks zum Schmelzen der Erze zu erhalten. Bis zur Entflechtung, der Aufgliederung der Konzerne, wurden 55,93% der Kohle der westdeutschen Eisen schaffenden Industrie in hütteneigenen Betrieben ge-fördert. Bezüglich der Oberhausener Verbundwirtschaft, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit vielfach genannt wird, meint man im wesentlichen den Verbund zwischen den Hüttenbetrieben und den Zechen und Kokereien der ebenfalls aus dem GHH-Konzern entflochtenen Bergbau-AG,, Neue Hoffnung". Sichtbar wird die Oberhause-Verbundwirtschaft nicht zuletzt auch durch die gemeinsam betriebenen Anlagen der Abteilung Verkehr. Durch die Entflechtung wurden die verbund-wirtschaftlichen Zusammenhänge im Oberhausener Raum zerschnitten.







Einige Tage vor der Hauptversammlung gab der Vorstand auf einer Pressekonferenz den Vertretern der westdeutschen Tages- und Wirtschaftszeitungen Erläuterungen zum Geschäftsbericht sowie zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Werkes. Die Bilanz zu veröffentlichen, den Umsatz öffentlich zu nennen, die Kosten- und Ertragslage vor jedermann bloßzulegen oder Auskunft über Investitionen zu geben, das verlangt sozusagen die Publizität einer Aktiengesellschaft. Was in einem Unternehmen geschieht, das Tausende von Menschen beschäftigt, das eine Vermögenssubstanz von Millionen verwaltet, das einen bekannten Namen trägt und mit einer Unzahl von Kunden und Lieferanten, mit Banken und Behörden in ständigem geschäftlichem Verkehr steht, das kann der Öffentlichkeit nicht gleichgültig sein. — Auf dem oberen Bild sieht man den technischen Direktor, Dr. Graef, im Gespräch mit einer Gruppe von Journalisten. Von links nach rechts: K. Engelhardt ("Tagesspiegel", Berlin), Dr. Graef, Dr. Josef Saal ("Westdeutsche Allgemeine Zeitung"), Dr. Bernd Huffschmid ("Frankfurter Allgemeine Zeitung"), Hans-Jürgen Koppenberg (Redakteur des von der Schutzvereinigung für privaten Wertpapierbesitz herausgegebenen Blattes).Mitte: Direktor Siering unterhält sich mit W. O. Reichelt ("Die Zeit"). Unten: Hier wird Arbeitsdirektor Karl Strohmenger von Fräulein Inge Schoppen ("Westfälische Rundschau") und Walter Fritze ("Neue Ruhr-Zeitung") interviewt.

Wie lesen wir unsere Bilanz!

VON DR. RER. POL. ROLF HOFMANN, GESCHÄFTSBUCHHALTUNG

Die Abschlüsse der Unternehmungen der Eisen schaffenden Industrie, zu denen auch die Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft gehört, genießen das besondere Interesse der Öffentlichkeit, weil dieser Industriezweig 17 größere Werke umfaßt, deren Anteil an der deutschen Eisen- und Stahlproduktion etwa 85% beträgt. Der berech-tigten Forderung nach eingehender Offenlegung der Vermögens- und Kapitalverhältnisse haben die Hüttenwerke, die ausnahmslos in der Unternehmungsform der Aktiengesellschaft geführt werden, Rechnung getragen. Aktiengesellschaften sind auf Grund des Aktiengesetzes verpflichtet, jährlich ihren Abschluß, bestehend aus Geschäftsbericht, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, zu veröffentlichen. Dieses Gesetz schreibt weiterhin vor, daß der jährliche Abschluß klar und übersichtlich aufzustellen ist, d. h. Gliederung, Bezeichnung und Bewertung der Bilanzposten sollen so sein, daß die Bilanz wenigstens im grundsätzlichen ohne besondere Fach- und Sonderkenntnisse verstanden werden kann.



Durch die nachfolgende Darstellung soll versucht werden, auch den Belegschaftsmitgliedern, für die eine Bilanz etwas gänzlich Neues ist, eine Vorstellung über die Aufgabe und den Inhalt der einzelnen Bilanzpositionen zu geben. Das Wort "Bilanz" ist aus dem lateinischen "Bilanx libra" abgeleitet, d. h. zweischalige Waage. Dabei ist zu beachten, daß man sich eine ständig im Gleichgewichtszustand befindliche Waage vorstellen muß. Ihre linke Schale nimmt die Vermögenswerte — in der Bilanz als "Aktiva" bezeichnet — auf. Sie gibt Auskunft über die Vermögensformen z. B. Gebäude, Maschinen, Vorräte, Bankguthaben usw. Die rechte Schale enthält im großen und ganzen gesehen die sogenannten Passiva, d. h. die Beträge, die dem Unternehmen entweder von den am Unternehmen Beteiligten (Aktionären) oder von Fremden zugeflossen sind.

Die Gleichgewichtigkeit der beiden Schalen, d. h. der beiden Seiten einer Bilanz, ist dadurch gegeben, daß sich alle Mittel, die einem Unternehmen zugeflossen sind und auf der Passivseite der Bilanz gezeigt werden, in irgendeiner Form in Geld- oder Sachwerten, die auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen werden, niedergeschlagen haben.

Aufgabe der Bilanz

Die Aufgabe der Bilanz besteht darin, an einem bestimmten Stichtag ein Gesamtbild über den Stand des Vermögens und der Schulden einer Gesellschaft zu geben. Sie ist ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens. Die Erstellung einer Jahresbilanz setzt voraus, daß ein genaues Bestandsverzeichnis (Inventar) aller am Bilanzierungsstichtag im Betrieb befindlichen Vermögenswerte und Schulden aufgestellt wird,

damit die einzelnen Vermögensgegenstände entsprechend den gesetzlichen Vorschriften bewertet werden können. Hierzu gehört auch die jährlich durchzuführende Inventur der Vorräte, die vielen Belegschaftsmitgliedern wohlbekannt ist und vielleicht auch manchen Ärger bereitet. Sie ist aber, wie vorstehende Ausführungen zeigen, für die Erstellung des Jahresabschlusses unbedingt notwendig.

Anlagevermögen - Umlaufvermögen

Auf der Aktiv- (linken) Seite der Bilanz ist das Unternehmungsvermögen dargestellt. Es umfaßt den Gesamtwert aller Güter, die der Unternehmung bei ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zur Verfügung stehen, und gliedert sich in die beiden Hauptgruppen: Anlagevermögen und Umlaufvermögen.

Das Anlagevermögen ist dadurch gekennzeichnet, daß es jene Vermögensteile enthält, die dazu bestimmt sind, eine längere Zeit dem Geschäftsbetrieb der Unternehmung zu dienen. Im wesentlichen handelt es sich um Grundstücke, Gebäude und Maschinen, also um Gegenstände, die fest im Betrieb investiert (angelegt) sind und deren bestimmungsmäßige Verwendung im "Gebrauch" liegt.

Das Umlaufvermögen hingegen umfaßt jene Werte, die zum Verbrauch oder Veräußern bestimmt sind, z. B. Fertigfabrikate, Forderungen, Kassenbestand und Bankguthaben. Durch Verkauf der hergestellten Erzeugnisse fließen Geldwerte in die Unternehmung zurück, die der Werksleitung für neue Betriebszwecke wieder zur Verfügung stehen.

Das Verhältnis von Anlage- und Umlaufvermögen wird als Vermögensaufbau bezeichnet. Bestimmend für dieses Verhältnis ist die Eigenart des Geschäftszweiges (Unterschied zwischen lohn- und anlageintensiven Unternehmungen). Hüttenwerke gehören zu den anlageintensiven Industrien. Daraus erklärt sich auch, daß bei uns das Anlagevermögen etwa 65% und das Umlaufvermögen 35% der Bilanzsumme beträgt. Der Vermögensaufbau ist im Zeitablauf ständigen Schwankungen unterworfen, und zwar deshalb, weil die Gegenstände des Anlagevermögens allmählich abgenutzt werden und vielfach stoßweise Neuinvestitionen erfolgen.

Eigenkapital - Fremdkapital

Während die Aktivseite die Vermögensteile nach Sachgruppen getrennt ausweist, zeigt die Passiv-(rechte) Seite der Bilanz, wie oben schon gesagt, woher die Mittel gekommen sind, die dem Unternehmen zur Beschaffung der Vermögenswerte zugeflossen sind. Ein Teil dieser Mittel wurde dem Unternehmen von den Gesellschaftern (Aktionären) zur Verfügung gestellt. Ferner gehören hierzu die Rücklagen (gesetzliche und freiwillige) einschließlich Gewinnvorträge, soweit sie nicht auszuschütten sind. Die Gesamtheit dieser Mittel wird als Eigenkapital bezeichnet. Die übrigen Beträge stammen von Geschäftsfreunden — meist Banken und Lieferanten —, die dem Unternehmen Beträge gegen Zinsen oder auch zinsfrei zur Verfügung gestellt haben.

Entsprechend dem Vermögensaufbau auf der Aktivseite spricht man bei der Betrachtung der Passivseite von dem Kapitalaufbau und versteht darunter das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital. Dieses Verhältnis ist von dem Bedarf an Anlagegütern abhängig, die wegen ihrer langfristigen Festlegung weitgehend durch Eigenkapital und zu einem geringen Teil durch langfristiges Fremdkapital beschafft werden sollten. Bei den Hüttenwerken betragen Eigen- und Fremdkapital etwa je 50% der Bilanzsumme.

Nachdem wir die Grundbegriffe kennengelernt haben, wird eine weitere Aufgliederung unserer Bilanz in folgende Einzelpositionen vorgenommen: AKTIVA

Bilanz

PASSIVA

Anlagevermögen Grundstücke Gebäude Maschinen Werkzeuge Beteiligungen Umlaufvermögen Vorräte Forderungen Eigenkapital
Grundkapital
Rücklagen
Fremdkapital
Rückstellungen
Anleihen/Darlehen
Warenschulden
Bankschulden
Sonstige Schulden
Wertberichtigungen

AKTIVA

Flüssige Mittel

Rechnungsabgrenzung

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen seizt sich aus Grundstücken, Gebäuden, Maschinen, Werkzeugen und Beteiligungen zusammen. Mit Ausnahme der Grundstücke unterliegen die Anlagegegenstände dem Verschleiß (Entwertung). Sie nutzen sich je nach Inanspruchnahme ab. Die im Laufe der Zeit durch die Abnutzung eintretende Entwertung der Anlagegegenstände wird durch Abschreibungen (Verteilung der Anschaffungswerte auf die Gesamtlebensdauer) am Bilanzstichtag berücksichtigt.

Beispiel:

Eine Maschine im Werte von 100 000 DM hat eine Lebensdauer von 10 Jahren. Der Abschreibungsbetrag je Jahr errechnet sich demnach wie folgt: Anschaffungspreis 100 000 DM _______ 10 000 Abschrei-Lebensdauer 10 Jahre _______ bung je Jahr

Durch Abschreibungen wird erreicht, daß nach Verschleiß von Anlagegegenständen die Mittel für Neubeschaffungen ganz oder zum Teil vorhanden sind. Sie werden als Kosten in den Verkaufspreisen einkalkuliert, weil sie der Wertminderung der Anlagen entsprechen. Die Abschreibungen sind also keine Gewinne.

Auch das Hüttenwerk Oberhausen war in diesen Jahren gezwungen, in verstärktem Maße die Erneuerung der Anlagen durchzuführen, um mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten. Da die hierfür notwendigen Mittel nicht aus eigener Kraft (Abschreibungen usw.) aufgebracht werden konnten, mußten Kredite aufgenommen werden. Die in den vier vergangenen Geschätsjahren durchgeführten Investitionen sind aus den Bilanzerläuterungen (s. Aufstellung über die Anlagezugänge) ersichtlich.

Um die Aufgaben, die einem Unternehmen unserer Art und Größe gestellt sind, durchführen zu können, ist es auch notwendig, sich an anderen Unternehmen, z. B. Rohstoffzulieferern, zu beteiligen. Die Vermögenswerte dieser Art sind in den Bilanzen unter der Position "Beteiligungen" ausgewiesen.

Umlaufvermögen

Wie aus der Bilanz ersichtlich ist, besteht das Umlaufvermögen aus drei Gruppen, einmal aus den Vorräten, zum anderen aus den Forderungen und drittens aus den sogenannten flüssigen Mitteln. Die Vorräte des Umlaufvermögens können verhältnismäßig schnell und leicht verflüssigt, also in Geld verwandelt werden. Zu den Vorräten gehören alle Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die zur Durchführung der Produktion benötigt werden, und sämtliche halbfertigen und fertigen Erzeugnisse des eigenen Betriebes, die noch nicht verkauft wurden.

Unter Forderungen versteht man Ansprüche der Unternehmung an Dritte. Im wesentlichen handelt es sich um Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen. Durch den Verkauf von Erzeugnissen an die Kundschaft entstehen Warenforderungen, deren Bezahlung nach unseren Lieferbedingungen erst einen Monat später erfolgt.

Ihre Höhe wird durch den Monatsumsatz und die Zahlungsgewohnheiten beeinflußt.

Ein wichtiger Teil des Umlaufvermögens sind die flüssigen Mittel, die sich aus Wechseln, Schecks, Kassenbestand und Bankguthaben zusammensetzen. Über sie kann jederzeit verfügt werden. Ein angemessener Bestand an Bargeld und Bankguthaben muß stets vorhanden sein, damit die fälligen Verpflichtungen (Warenschulden, Löhne, Gehälter, Steuern usw.) erfüllt werden können.

Rechnungsabgrenzung

Als letzter Posten auf der Aktivseite erscheint die Position "Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen". Sie grenzen die Erfolgsrechnung zeitlich ab. Es handelt sich um Aufwendungen und Erträge, die im abgelaufenen Geschäftsjahr angefallen sind, aber erst das folgende Geschäftsjahr betreffen. Werden z. B. im alten Jahr Vorauszahlungen für Versicherungsbeiträge, Mieten oder Steuern geleistet, die das neue Jahr betreffen, so erscheinen sie auf der Aktivseite unter Rechnungsabgrenzung.

PASSIVA

Grundkapital - Rücklagen

Das Grundkapital einer Aktiengesellschaft wird durch Ausgabe von Aktien aufgebracht. Zu diesem Eigenkapital treten im Laufe der Geschäftstätigkeit die Rücklagen oder Reserven, gesetzliche und freiwillige, hinzu. Das Grundkapital ist eine festgelegte Summe. Eine Erhöhung desselben kann nur mit einer Mehrheit von 3/4 des bei der Beschlußfassung auf der Hauptversammlung vertretenen Kapitals beschlossen werden. In der Bilanz bleibt das Grundkapital von den jährlichen Veränderungen, die sich durch Gewinn oder Verlust ergeben, unberührt. Der Gewinn bzw. Verlust wird in der Bilanz eingesetzt. Dabei ist zunächst der Gewinn bzw. Verlust des Vorjahres anzugeben, um das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres erkennen zu lassen.

Rücklagen sind zusätzliches Eigenkapital. Sie entstehen meist aus der Zurückbehaltung des Gewinns in der Unternehmung und sind zum Teil zweckgebunden. Man unterscheidet zwischen der gesetzlichen und freien Rücklage. Aktiengesellschaften sind zur Bildung einer gesetzlichen Rücklage in Höhe von 10% ihres Grundkapitals verpflichtet. Darüber hinaus werden zur inneren Stärkung des Unternehmens freie Rücklagen gebildet.

Rückstellungen - Darlehen - Schulden

Das Fremdkapital einer Unternehmung setzt sich im wesentlichen aus Rückstellungen, Darlehen und

Warenschulden zusammen. Je nach Fälligkeit wird zwischen lang- und kurzfristigem Fremdkapital unterschieden.

Bei Aufzeigung des Eigenkapitals haben wir von Rücklagen gesprochen. Unter dem Fremdkapital finden wir nun eine Position Rückstellungen. Rücklagen und Rückstellungen sind zwar dem Wortbegriff nach ähnlich, haben aber begrifflich nichts miteinander zu tun. Rückstellungen sind bereitgestellte Beträge für ungewisse Verbindlichkeiten (Schulden), die wohl dem Grunde nach, nicht aber nach der Höhe und Fälligkeit festliegen. Rückstellungen für ungewisse Schulden müssen zweckbestimmt sein, z. B. Steuerrückstellungen, Prozeßrückstellungen, Pensionsrückstellungen usw. Sie werden zu Lasten der Erfolgsrechnung gebucht und kürzen demnach den Gewinn. Nach der Fälligkeit unterscheidet man lang- und kurzfristige Rückstellungen.

Anleihen und langfristige Darlehen stellen Investitionskredite dar, deren Laufzeit — in Übereinstimmung mit dem Verwendungszweck — mehrere Jahre beträgt. Wichtig ist vor allem, daß die Kredite wirtschaftlich eingesetzt werden, weil die zu zahlenden Zinsen für die Unternehmung eine starke Belastung darstellen.

Alle übrigen unter Verbindlichkeiten ausgewiesenen Positionen sind relativ kurzfristig. Warenschulden entstehen dadurch, daß Rohstoffe und Materialien bezogen werden, deren Ausgleich, entsprechend den Liefer- und Zahlungsbedingungen, meist erst einen Monat nach Lieferung erfolgt. Wechselschulden sind wegen ihrer rechtlichen Eigenart immer getrennt auszuweisen. Bankschulden sind in der Regel kurzfristig. Unter "Sonstige Verbindlichkeiten" sind alle übrigen, meist kurzfristigen Schulden der Unternehmung zusammengefaßt.

Wertberichtigungen

Wie oben erwähnt, ist das Vermögen eines Unternehmens mit seinem wirklichen Wert anzusetzen. Verschiedene Gründe können im Einzelfall dafür sprechen, daß diese Vermögensgegenstände nicht mit ihrem wirklichen Wert, sondern z. B. mit ihrem früheren Anschaffungswert ausgewiesen werden. Das bedingt, daß eine Berichtigung, die den Unterschied zwischen Anschaffungs- und wirklichem Wert darstellt, auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen wird. Zu diesem Zweck dient der Posten Wertberichtigungen. Hierunter fallen zu einem wesentlichen Teil die Berichtigungen, die auf Grund bestehender Steuergesetze vorgenommen werden. An einem Beispiel sei dieser etwas schwierig zu verstehende Vorgang veranschaulicht. Die Dar-lehen für den sozialen Wohnungsbau gemäß §7c Einkommensteuergesetz haben eine Laufzeit von 20 und zum Teil 50 Jahren. Die Unternehmung darf diese Werte nicht in ihre Rechnung einbeziehen, weil sie auf lange Sicht nicht darüber verfügen kann. Bei diesem Verfahren wird die gleiche Wirkung erzielt, als ob man den entspre-chenden Posten auf der Gegenseite der Bilanz um den Betrag der Wertberichtigung verringert hätte.

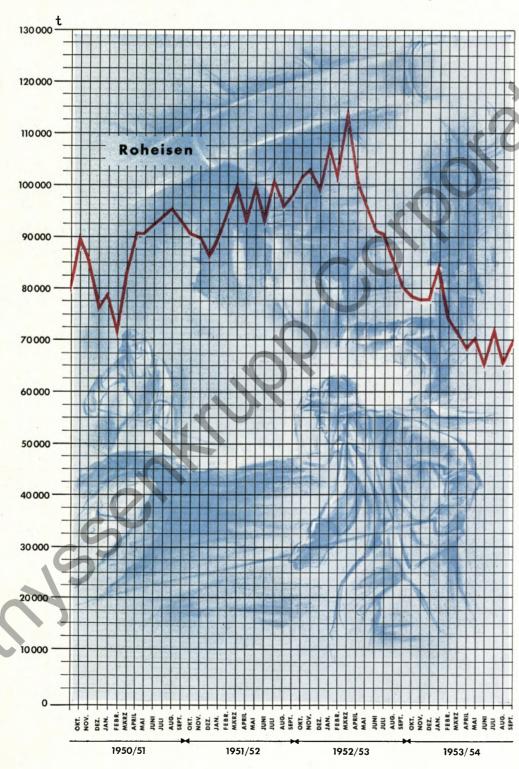
Bilanzauswertung

Die nach dem Aktiengesetz vorgeschriebene Bilanzgliederung gibt ein klares Bild der Vermögens- und Schuldenwerte einer Unternehmung. Auf Grund der Vermögens- und Kapitalverhältnisse kann der Leser einer solchen Bilanz sich ein Urteil über die finanzielle Lage des Unternehmens bilden. Für das Verhältnis zwischen Vermögen und Kapital gilt die Faustregel, daß sich beide etwa in der Weise ergänzen, daß Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital im Anlagevermögen, Fremdkapital (meist kurzfristig) im Umlaufvermögen investiert ist.

Durch Vergleich der Werte des Anlagevermögens und der Kredite kann man Rückschlüsse auf die Investitions- und Geschäftsentwicklung ziehen.

Weiterhin kann man feststellen, in welcher Höhe Forderungen der Gesellschaft gegenüber der Kundschaft und Verpflichtungen gegenüber Lieferanten bestehen. Die Entwicklung der flüssigen Mittel ermöglicht Rückschlüsse auf die Liquiditätslage.

Aufschlußreich ist vor allem ein Vergleich der einzelnen Bilanzpositionen über verschiedene Geschäftsjahre. Daher werden nachfolgend die Jahresabschlüsse zum 30. September 1951 bis 30. September 1954 für eine derartige Betrachtung gegenübergestellt.



Satzung

130 000

Hüttenwerk Oberhausen AG (in der auf der HV vom 10. Febr. 1955 beschlossenen Neufassung)

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Firma und Sitz

- 1. Die Gesellschaft führt die Firma Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft.
- 2. Sie hat ihren Sitz in Oberhausen.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

- 1. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und Verarbeitung von Eisen und Stahl sowie von anderen Werkstoffen und Erzeugnissen, die damit zusammenhängen, und die Vornahme aller damit verbundenen Handelsgeschäfte.
- 2. Der Gesellschaftszweck kann auch in Form von Beteiligungen verfolgt werden.

§ 3

Grundkapital und Aktien

- 1. Das Grundkapital beträgt 104000000,- DM (in Worten: Hundertviermillionen Deutsche Mark).
- 2. Das Grundkapital ist eingeteilt in Aktien der Gruppen A und B. Der Gesamtnennbetrag der Aktien der Gruppe A ist 60000000,— DM und der der Aktien der Gruppe B 44000000,- DM.
- Der Nennbetrag jeder Aktie der Gruppen A und B ist 100,— DM (in Worten: Hundert Deutsche Mark).
- 4. Die Aktien der Gruppen A und B lauten auf den
- 5. Die Gesellschaft ist berechtigt, auf den Namen lautende Anteilscheine auszustellen, von denen jeder mehrere Anteilsrechte verkörpern kann. In den Anteilscheinen sind die laufenden Nummern der Aktien zu vermerken, für die sie ausgestellt sind. Die Anteilscheine sind von zwei Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft zu unterzeichnen.
- 6. Die Aktien der Gruppe B sind ausschließlich im Besitz von Mitaliedern der Familie Haniel.
- 7. Geht eine Aktie der Gruppe B auf jemanden über, der weder bei der ersten Ausgabe Aktien der Gruppe B erhalten hat, noch Abkömmling einer solchen Person ist, so ist er berechtigt, die Umwandlung in eine Aktie der Gruppe A zu verlangen. Die Umwandlung geschieht durch den Vorstand mit Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung des Absatzes 2 Satz 2 den dadurch eingetretenen Veränderungen in der Einteilung des Grundkapitals anzupassen.

5 4

Geschäftsighr

Das Geschäftsight läuft jeweils vom 1. Oktober bis zum 30. September.

Verfassung und Geschäftsführung

A. Der Vorstand

8 5

Zusammensetzung, Geschäftsordnung

- 1. Der Vorstand besteht aus wenigstens zwei Mitgliedern.
- 2. Der Aufsichtsrat stellt eine Geschäftsordnung für die Aufteilung der Geschäfte unter den Mitgliedern des Vorstandes sowie zur Regelung ihrer dienstlichen Stellung auf.
- 3. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Wird ein Vorsitzender des Vorstan-des bestellt, so hat er keine anderen Rechte als die übrigen Mitglieder des Vorstandes. 86

§ 6

Vertretungsmacht Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes oder durch ein Mitglied des Vorstandes zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

B. Der Aufsichtsrat

§ 7

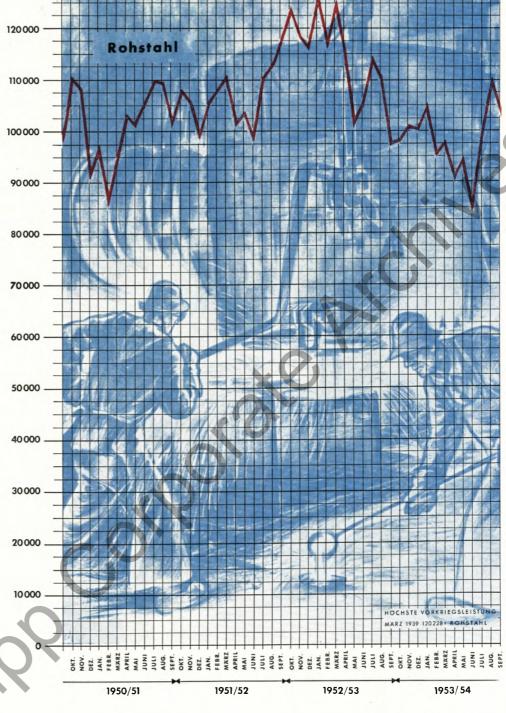
Zusammensetzung, Wahlen, Amtsdauer

- Der Aufsichtsrat besteht aus elf Mitgliedern. Für die Wahl und die Zusammensetzung der Mitglieder des Aufsichtsrates gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Indu-strie vom 21. Mai 1951 und die hierzu ergehenden weiteren gesetzlichen Bestimmungen.
- 2. Die Wahl erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem gewählt wird, nicht mitgerechnet. Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Wahlzeit des ausgeschiedenen Mitgliedes.

§ 8

Vorsitz

Der Aufsichtsrat wählt alljährlich im Anschluß an die ordentliche Hauptversammlung den Vorsitzenden und seine Stellvertreter.



5 9

Einberufung, Geschäftsführung, Beschlußfähigkeit Abstimmungen

- 1. Der Aufsichtsrat setzt seine Geschäftsordnung selbst Der Ausschister seizt seine Geschaftsoraung seinst fest. Für die Einberufung zu seinen Sitzungen, seine Beschlußfähigkeit und Abstimmungen gelten die nachfolgenden Bestimmungen; in der Geschäfts-ordnung können hierzu ergänzende Bestimmungen getroffen werden.
- Aufsichtsratssitzungen sollen in der Regel vierteljährlich stattfinden. Der Aufsichtsrat ist ferner zu einer Sitzung zu berufen, so oft eine geschäftliche Veranlassuna dazu vorlieat.
- 3. Die Einberufung der Sitzungen des Aufsichtsrates und die Bestimmung des Tagungsortes erfolgen durch den Vorsitzenden und im Falle seiner Behinderung durch vorsitzenden und im Falle seiner beninderung durch seinen Stellvertreter. Die Einladung soll unter Ein-haltung einer Frist von zwei Wochen erfolgen und, soweit tunlich, die einzelnen Punkte der Tagesord-nung angeben. In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist abgekürzt werden. Der Aufsichtsrat ist beschlußfähig, wenn nach Einladung sämtlicher Mit-glieder die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Soweit in der Satzung nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit anwesenden oder vertretenen Mitglieder gefaßt. Bei Stimmengleichheit muß der Antrag in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrates erneut behandelt werden. Ist ein Mitglied des Aufsichtsrates infolge Krankheit oder Abwesenheit von Deutschland nicht imstande, einer Sitzung beizuwohnen, kann es ein

- anderes Mitalied des Aufsichtsrates schriftlich ermächtigen, als sein Vertreter zu handeln.
- 4. Eine Beschlußfassung über Gegenstände, deren Verhandlung nicht mindestens eine Woche vor der Sitzung angekündigt ist, sowie schriftliche oder telegraphische Abstimmungen können nur mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln sämtlicher Aufsichtsratsmitglieder erfolgen. Außerdem sind in die-sen Fällen Abstimmungen nur zulässig:
- a) bei Beschlußfassung über einen nicht eine Woche vor der Sitzung angekündigten Verhandlungs-gegenstand, wenn kein in der Sitzung anwesendes Aufsichtsratsmitglied der Abstimmung widerspricht.
- b) bei schriftlicher oder telegraphischer Beschluß-fassung, wenn kein Aufsichtsratsmitglied der Abstimmung widerspricht.
- 5. Der Aufsichtsrat kann aus seinen Mitaliedern einen Ausschuß oder mehrere Ausschüsse zur Vorbereitung seiner Verhandlungen und Beschlüsse oder zur Überwachung der Durchführung seiner Beschlüsse bestellen.
- 6. Willenserklärungen des Aufsichtsrates sind im Namen des Aufsichtsrates von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter abzugeben.

§ 10

Besondere Zuständigkeit

Der Aufsichtsrat legt fest, daß bestimmte Maßnahmen der Geschäftsführung von seiner Zustimmung abhängig (Fortsetzung auf Seite 38) sind.

Gegenüberstellung der Jahresabschlüsse zu

(in

Aktiva

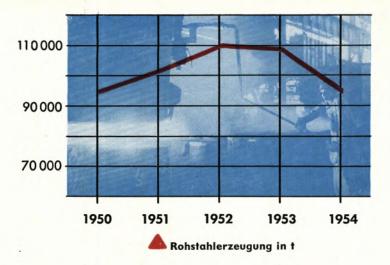
I. Anlagevermögen	30.9.1954	30.9.1953	30.9.1952	30.9.195
, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,				
Anfangsbestand	188 969	193 87 9	199 639	8 013
+ Zugang	12 597	26 352	23 310 🌘	193 932
	201 566	220 231	222 949	201 945
./. Abgänge	741	446	170	6
./. Abschreibungen	29 181	30 816	28 900	2 300
Zwischensumme	171 644	188 969	193 879	199 639
Im Bau befindliche Anlagen	51 536	14 572	10 258	14 292
Geleistete Anzahlungen für Neuanlagen	45 446	21 800	20 393	921
Befeiligungen	2 582	2 550	289	
Anlagen insgesamt	271 208	227 891	224 819	214 852
		X (C)		214 032
. Umlaufvermögen				
. Offidulvermogen				
1. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	65 059	80 894	58 189	33 889
Halberzeugnisse	18 653	25 549	15 889	6 918
Fertigerzeugnisse	10 271	13 357	7 905	5 609
Vorräte insgesamt	93 983	119 800	81 983	46 416
2 Fandamana			- 4	
2. Forderungen Hypotheken- und Grundschuldforderungen		-		- 4
Geleistete Anzahlungen	6 564	2 880	440	202
Warenforderungen	2 877	2 533	5 554	1 901
Sonstige Forderungen	40 469 7 441	41 528	56 757	38 829
		6 649	3 023	419
Forderungen insgesamt	57 351	53 590	65 774	41 351
3. Flüssige Mittel				
Wechsel	5 505	4 078	77	6 722
Schecks	466	140	1 025	201
Kassenbestand einschl. Landeszentralbank- und Post-				
scheckguthaben	306	390	386	938
Bankguthaben	2 967	3 812	1 669	6 869
Flüssige Mittel insgesamt	9 244	8 420	3 157	14 730
Umlaufvermögen insgesamt	160 578	181 810	150 914	102 497
Pachaunaraharanyung Aluina				
Rechnungsabgrenzung Aktiva	1 044	171	149	128
		+		
nzsumme	432 830	409 872	375 882	317 477

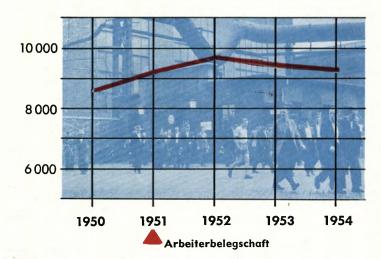
30. September 1951 bis 30. September 1954

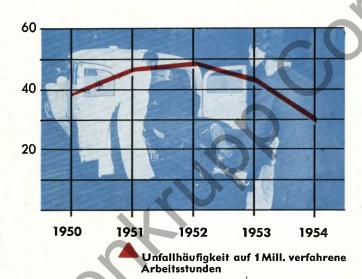
DM)

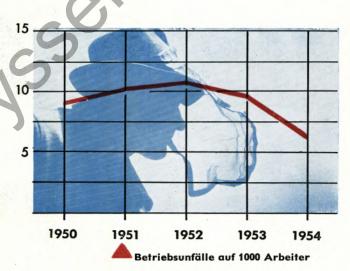
Passiva

		1		
	30.9.1954	30.9.1953	30.9.1952	30. 9. 1951
I. Grundkapital	104 000	104 000	30 000	30 000
II. Gesetzliche Rücklage	10 400	10 400	3 000	3 000
III. Abrechnungskonto wegen Neuordnung				
Erhöhung des Grundkapitals			74 000	74 000
Erhöhung der gesetzlichen Rücklage	- 422		7 400	7 400
Verfügbar für endgültige Abrechnung der Neuordnung	8 120	8 120	7 709	8 871
Andere Rücklage	58 753*)	76 104*)	89 224*)	100 000
	66 873	84 224	178 333	190 271
IV. Besondere Rücklage (Sonderabschreibungen gemäß § 36 IHG)	39 244	24 244	14 526	
V. Wertberichtigungen zu Posten des Umlaufvermögens		XO		
zu Forderungen	1 422	1 541	1 677	1 167
zu Forderungen gemäß § 7 c EStG	6 532	4 181	669	1 107
20 To real ongening sines 3.1 o 25.0	7 954	5 722	2 346	1 167
VI. Rückstellungen für ungewisse Schulden				. ,
für Pensionen	66 041	60 779	45 892	36 669
für sonstige Zwecke	9 206	7 445	3 224	1 068
Rückstellungen insgesamt	75 247	68 224	49 116	37 737
VII. Verbindlichkeiten		=1		1-1
1. Anleihen	2 130	3 406	3 406	3 407
2. Langfristige Darlehen	65 144	35 042	17 713	7 743
Zwischensumme	67 274	38 448	21 119	11 150
3. Erhaltene Anzahlungen	1	259	179	144
4. Warenschulden	22 427	2 5 56 2	42 191	28 850
5. Wechselverbindlichkeiten	8 000	18 000	9 000	3 000
6. Bankschulden	7 804	10 195	12 210	1 980
7. Sonstige Verbindlichkeiten	17 132	17 412	13 862	10 013
Summe 3—7	55 364	71 428	77 442	43 987
Verbindlichkeiten insgesamt	122 638	109 876	98 561	55 137
VIII. Reingewinn	6 474+)	3 182	_	165
Bilanzsumme	432 830	409 872	375 882	317 477
Wechselobligo	14 927	20 726	21 935	5 895
*) Gegenwartswert der Vermögensabgabe	78 343	80 082	81 747	-
Vierteljahresrate der Vermögensabgabe	1 306	1 306	1 306	
vierieijum est die der vermogensabgabe	1 300	1 300	1 300	









(Fortsetzung von Seite 35)

Vergütung des Aufsichtsrates

1. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates erhält eine Vergütung von jährlich 6000,der Vorsitzende des Aufsichtsrates das Doppelte, seine Stellvertreter das Eineinhalbfache.

Wird für das Geschäftsjahr ein Reingewinn ausgeschüttet, der höher ist als 4% auf den Nominalbetrag der Aktien, so erhält das Aufsichtsratsmitglied zusätzlich für je 1% über 4% hinaus einen Betrag von 1000,— DM, der Vorsitzende des Aufsichtsrates das Doppelte, seine Stellvertreter das Eineinhalbfache.

- 2. Den Aufsichtsratsmitgliedern werden die aus ihrer Tätigkeit entstandenen baren Auslagen erstattet.
- 3. Der Aufsichtsrat kann für einzelne seiner Mitglieder, die in dieser Eigenschaft eine besondere Tätigkeit ausüben, laufende oder einmalige Sondervergütungen beschließen.

C. Die Hauptversammlung

§ 12

Ort

Die Hauptversammlung findet statt: am Sitz der Gesellschaft, am Sitz der Bunde regierung, in Berlin oder in einer Stadt der Bundesrepublik, deren Einwohnerzahl 100000 übersteigt.

Einberufung der Hauptversammlung

- Die Hauptversammlung wird mindestens zwei Wochen vor dem Tage der Versammlung durch den Vorstand einberufen. Der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.
- 2. Die Anmeldung zur Teilnahme muß spätestens am dritten Tage vor der Hauptversammlung bei der Gesellschaft eingereicht sein.
- Zur Teilnahme zugelassen sind nur Aktionäre, welche im Aktienbuch eingetragen und rechtzeitig angemeldet sind. Sie können sich durch einen schriftlichen Bevoll-mächtigten vertreten lassen. Den zur Teilnahme berechtigten Personen werden Eintritts- und Stimmkarten erteilt.
- 3. Im Falle des Übergangs einer Aktie auf einen anderen ist Voraussetzung für die Ausübung des Stimmrechts in der nächsten Hauptversammlung, daß die Anmeldung des Übergangs der Aktie bis zu dem von der Gesellschaft zu veröffentlichenden Termin (Stopptag) bei der Gesellschaft eingegangen ist.

8 14

Leiter der Hauptversammlung

- 1. Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder einer seiner Stellvertreter oder ein vom Aufsichtsrat zu bestimmendes Aufsichtsratsmitglied. Für den Fall, daß nicht ein Mitglied des Aufsichtsrates den Vorsitz übernimmt, wird der Versammlungsleiter durch die Hauptversammlung gewählt.
- Der Versammlungsleiter kann eine von der Ankündigung in der Tagesordnung abweichende Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmen. Er bestimmt die Art und Form der Abstimmung.

§ 15

Beschlußfassung und Wahlen

- 1. Jede Aktie der Gruppe B gewährt eine Stimme, jede Aktie der Gruppe A zehn Stimmen.
 - Der Inhaber einer Aktie der Gruppe B, der nicht berechtigt ist, die Umwandlung dieser Aktie in eine Aktie der Gruppe A zu verlangen, hat aus Aktien der Grupp A, die ihm gehören, ein Stimmrecht nur in Höhe eines Zehntels des auf diese Aktien der Gruppe A nach Satz 1 entfallenden Stimmrechts.
- 2. Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes bestimmen.
- Beschlüssé über die Umwandlung von Namensaktien in Inhaberaktien, über die Beseitigung des unterschiedlichen Stimmrechts der Aktien der Gruppen A und B und über alle hiermit in Zusammenhang stehenden Satzungsänderungen bedürfen einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen und außerdem einer einfachen Mehrheit des in der Hauptversammlung vertretenen Grundkapitals, soweit nicht gesetzlich eine andere Regelung zwingend vorgeschrieben ist.
- Wahlen finden durch Abstimmung statt. Gewählt ist jeweils, wer die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt (absolute Mehrheit). Ist diese bei der ersten Wahlhandlung nicht erreicht, so findet eine zweite unter denjenigen Personen statt, die die beiden höchsten Stimmenzahlen auf sich vereinigt haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das durch den Vorsitzenden zu ziehende

D. Jahresabschluß,

ordentliche Hauptversammlung, Bekanntmachungen

§ 16

Jahresabschluß

- 1. Der Vorstand hat in den ersten fünf Monaten des Geschäftsighres den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen und diese nach Prüfung durch den Abschlußprüfer mit dem Vorschlag für die Gewinnverteilung dem Aufsichtsrat vorzulegen.
- 2. Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind im Geschäftsbericht in jeder Hinsicht ausreichend zu erläutern. Die Erläuterung hat sich in gleicher Weise auch auf die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen von Unternehmen zu erstrecken, bei denen die Gesellschaft mindestens die Hälfte der Anteilsrechte besitzt oder in anderer Form einen beherrschenden Einfluß ausübt.
- 3. Der Geschäftsbericht mit dem Jahresabschluß soll jedem der Gesellschaft namentlich bekannten Aktionär übersandt werden.

§ 17

Ordentliche Hauptversammlung

- 1. Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten sieben Monate jedes Geschäftsjahres statt.
- Sie beschließt insbesondere über die Verteilung des Reingewinns, über die Wahl des Abschlußprüfers, über die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates und über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern. Die Entlastung eines Mitgliedes des Vorstandes oder des Aufsichtsrates soll getrennt vorgenommen werden, wenn ein anwesender oder vertretener Aktionär es verlangt.

& 18

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Bundesanzeiger.

Wie sehen unsere Jahresabschlüsse aus?

VON DER WERKZEITUNG FÜR DIE BELEGSCHAFT NOTIERT UND ERLÄUTERT

Nachdem wir auf den voraufgegangenen Seiten gesehen haben, wie wir eine Bilanz zu lesen haben, wollen wir nun damit beginnen, unsere im Geschäftsbericht veröffentlichten Bilanzen unter die Lupe zu nehmen.

Zum besseren Verständnis empfiehlt es sich, die einzelnen Posten der auf den Mittelselten abgedruckten Bilanz mit den in den folgenden Erläuterungen hierzu wiedergegebenen Ziffern zu vergleichen. Eine gute Vergleichsgrundlage ergibt sich außerdem dadurch, daß in der Bilanz die jeweiligen Posten getrennt nach Geschäftsjahren nebeneinander aufgeführt und durch unterschiedliche Farben gekennzeichnet sind. Machen wir uns nun also daran, die einzelnen Posten der Bilanz zu erläutern:

Der Aufsichtsrat unserer Gesellschaft hat am 30. Dezember 1954 die Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 1950/51 bis 1953/54 gebilligt. Sie sind damit festgestellt. Die Bilanzen umfassen einen Zeitraum von vier Geschäftsjahren, in denen wichtige Veränderungen sowohl im Aufbau unserer Gesellschaft als auch in der gesamten Eisen schaffenden Industrie eintraten.

In das Geschäftsjahr 1950/51 fällt die Beendigung des Betriebsbenutzungsvertrages zwischen der Gutehoffnungshütte Oberhausen Aktiengesellschaft und der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft und der Betriebsführung der Gesellschaft war. Außer dem Abrechnungssaldo aus dem Betriebsbenutzungsvertrag wurden unserer Gesellschaft zum 1. September 1951 die bisher in Oberhausen genutzten Anlagen sowie das Vermögen des Werkes Gelsenkirchen übertragene. Gleichzeitig übernahmen wir die auf die übertragenen Anlagenwerte entfallenden Lasten und Verbindlichkeiten.

Zu den Bilanzveränderungen ab 1. Oktober 1950 wird folgendes bemerkt:

BILANZ: AKTIV-SEITE

Anlagevermögen

Da ist zunächst das Anlagevermögen. Die Zugänge bei den Anlagen können erst ab 1. September 1951 (Neugründung) dargestellt werden. Der Anfangsbestand im Geschäftsjahr 1950/51 in Höhe von rd. 8 013 000 DM enthält nur Werksgeräte. Danach stoßen wir in der Bilanz vom 30. September 51 auf Zugänge von rd. 193 932 000 DM; in dieser Summe sind die von der Gutehoffnungshütte im Zuge der Neuordnung zum 1. September 1951 übernommenen Werksanlagen in Oberhausen und Gelsenkirchen mit rd. 192 168 000 DM enthalten.

Die Anlagenzugänge für die einzelnen Geschäftsjahre entwickelten sich wie folgt:

Zugänge in 1000 DM	1953/54	1952/53	1951/52	Sept. 51
Fertige Anlagen .	12597	25 318*)	23 310	1764
Im Bau befindliche Anlagen	36964	4314	- 4034	513
Anzahlungen	23646	1 407	19472	74
	73 207	31 039	38748	2351

 Ohne Umbuchungen und von der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG. übernommene Anlagen.

Rund 145 Mill. DM Zugänge beim Anlagevermögen! Es ist somit kräftig investiert worden. Leider sagt die Bilanz nicht wo — aber durch die laufende Berichterstattung der Werkzeitung weiß wohl jeder von uns, wo in den vergangenen Jahren gebaut wurde. Zu den 145 Mill. DM kommen übrigens noch weitere 19 Mill. DM, die in die Zeit vom 1. Oktober 1950 bis 31. August 1951 in den

Rahmen des anfangs erwähnten Betriebsbenutzungsvertrages mit der GHH fallen.

Somit wurden in den vier vergangenen Geschäftsjahren rd. 164 Mill. DM investiert. Die bisherigen Investitionen wurden in erheblichem Maße aus eigenen Mitteln finanziert.

Abschreibungen

Vom Anlagevermögen müssen abgezogen werden die Abschreibungen. Was Abschreibungen sind, haben wir bereits in dem Artikel "Wie lesen wir unsere Bilanz?" gesehen.

Davon entfallen

auf Normalabschreibungen rd. 90 Mill. DM rd. 40 Mill. DM

Der Unterschied zwischen den Normalabschreibungen und den Sonderabschreibungen nach § 36 Investitionshilfegesetz ist der, daß die letzteren noch nicht erwirtschaftet wurden, d. h. sie wurden nicht in den Verkaufspreisen vergütet, sondern der "Anderen Rücklage" entnommen (vgl. hierzu die Ausführungen von Direktor Butschkau zu § 36 I HG auf Seite 29 dieser Ausgabe). Den Sonderabschreibungen werden wir übrigens auf der Passivseite der Bilanz (vgl. IV. Besondere Rücklage) wiederum begegnen.

Im Geschäftsjahr 1953/54 sind im Vergleich zu den übrigen Geschäftsjahren nur geringe Neuzugänge an fertigen Anlagen zu verzeichnen, da die Großvorhaben erst im nächsten Geschäftsjahr fertiggestellt werden. Erheblich sind dagegen die Zugänge bei den im Bau befindlichen Anlagen und bei den Anzahlungen. Bei den im Bau befind-

lichen Anlagen und Anzahlungen zum 30. September 1954 sind folgende größere Einzelobjekte erwähnenswert:

Neubau eines Dampfkraftwerkes Erneuerung der Halbzeugstraße Neubau einer Feineisenstraße.

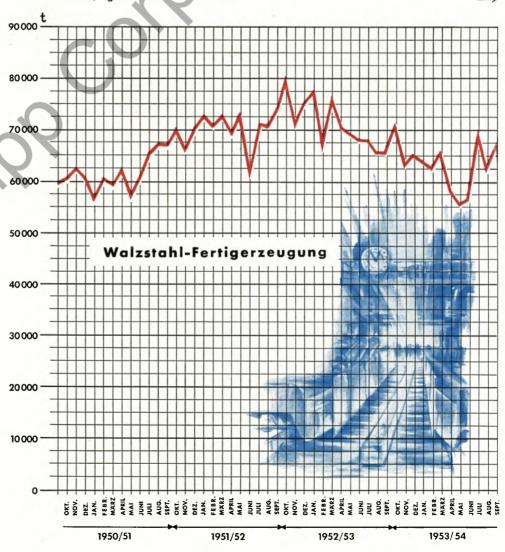
Beteiligungen

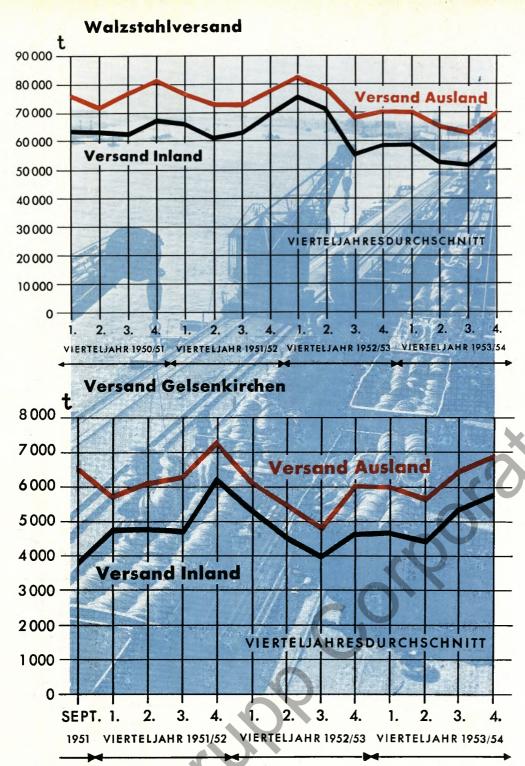
Die Beteiligungen entwickelten sich wie folgt:

(auf 1000 DM abgerundet)

_	_	_		_		
Ges	sch	äft	sia	hr	1951	/52

0000114115Julii 1751/52	
Erwerb von Aktien der Ruhrgas AG., Essen, im Nennwert von 280 000,— DM	289 000
Stand 30. September 1952	289 000
Geschäftsjahr 1952/53 Erwerb von Aktien der Ruhrgas AG., Essen, im Nennwert von 220 000,— DM (Kapitalerhö-	
hung)	220 000
GmbH., Salzgitter Erwerb von Geschäftsanteilen der Bau-Stahlgewebe GmbH.,	10 000
Düsseldorf (Kapitalerhöhung) Erwerb eines Geschäftsanteils der Hansa-Rohstoff-Verwertung	30 000
GmbH., Düsseldorf Von der Gutehoffnungshütte Oberhausen Aktiengesellschaft	1 573 000
Vortrag	2 122 000





Übertrag 2 122 000

wurden folgende Beteiligungen übernommen:		
Bau-Stahlgewebe GmbH., Düs-		
seldorf	118 000	
Gewerkschaft der Tonzeche	.==	
Guter Trunk Marie, Oberdreis	175 000	
Gesellschaft für Teerstraßen-	70.000	
bau mbH., Essen	70 000	
Verkaufsanstalten Oberhausen	(0.000	
GmbH., Oberhausen	60 000	
Thomasmehlgesellschaft mbH.,	5 000	428 000
Köln	3 000	
Stand 30. September 1953		2 550 000

Stand 30.	S	ер	te	mt	er	1	95	3	•			2	550	000
Geschä		•					•							
Bau-Stah														
seldorf	٠						٠			31	000			
Sonstige		•		٠						1	000		32	000
Stand 30.	S	ер	tei	mb	er	1	95	4				2	582	000

Vorräte

Die Erhöhung der Vorräte in den Geschäftsjahren 1950/51 bis 1952/53 ist im wesentlichen auf die Erzeugungs- und Umsatzsteigerungen sowie auf Preiserhöhungen zurückzuführen. Letztere wirkten sich hauptsächlich bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen aus. Der Rückgang im Geschäftsjahr 1953/54 entfällt zum überwiegenden Teil auf eine echte Abnahme der Vorräte und zum Teil auf Preisrückgänge.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen

Es handelt sich neben kurzfristigen Darlehen an Belegschaftsmitglieder hauptsächlich um dinglich gesicherte Darlehen für den sozialen Wohnungsbau, die gemäß § 7c Einkommensteuergesetz auf der Passivseite der Bilanz wertberichtigt sind.

Warenforderungen

Die Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen entsprechen jeweils ungefähr dem letzten Monatsumsatz.

Sonstige Forderungen

Die sonstigen Forderungen enthalten u. a. ungesicherte Darlehen für den sozialen Wohnungsbau und Ansprüche an Steuerbehörden. Die Darlehen für den sozialen Wohnungsbau sind — ebenso wie die Hypotheken- und Grundschuldforderungen — gemäß § 7c Einkommensteuergesetz auf der Passivseite der Bilanz wertberichtigt.

BILANZ: PASSIV-SEITE

Nun wenden wir uns der rechten Seite der Bilanz zu. Das Grundkapital und die Gesetzliche Rücklage haben sich seit Gründung der Gesellschaft wie folgt entwickelt:

	Grund- kapital RM/DM	Gesetzliche Rücklage DM
Bei Gründung am 1. März 1947 eingezahlt	1 00 000	
Umstellung am 21. Juni 1948, 1:1 Erhöhung bzw. Zuführg.	100 000	_
am 1. September 1951 Zuführung aus dem Ergebnis am 30. Sept. 1951	29 900 000 —	2990 000 10 000
Stand 30. Sept. 1951 Erhöhung bzw. Zuführg.	30 000 000	3000000
am 13. Mai 1953	74000000	7400000
Stand 30. Sept. 1953 und 30. Sept. 1954	104000000	10400000

Abrechnungskonto wegen Neuordnung

Das Abrechnungskonto wegen Neuordnung stellt den Restbetrag aus den am 1. September 1951 auf die Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft übertragenen Vermögenswerte und anteiligen Schulden dar.

Um die endgültigen Kapitalverhältnisse und die mögliche Beanspruchung der Gesellschaft aus im einzelnen noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten wegen Abrechnung des Betriebsbenutzungsvertrages und der Neuordnung schon in den Abschlüssen 1950/51 und 1951/52 ersichtlich zu machen, wurde das Abrechnungskonto wegen Neuordnung zum 30. September 1951 wie folgt aufgeteilt.

Ernonung des Grundkapitals	74 000 000 DM
Erhöhung der Gesetzlichen	
Rücklage	7 400 000 DM
Andere Rücklage	100 000 000 DM
Verfügbar für endgültige Ab-	
rechnung der Neuordnung	8 871 000 DM
	400 074 000 D14
	190 271 000 DM

Besondere Rücklage

(Sonderabschreibungen nach § 36 Investitionshilfegesetz)

Bekanntlich wurde die Industrie der Bundesrepublik durch das Investitionshilfegesetz vom 7. Januar 1952 verpflichtet, für die unter Kapitalmangel leidenden Grundstoffindustrien eine Anleihe in Höhe von rd. einer Mrd. DM aufzubringen. Außerdem räumte der § 36 des Gesetzes den Grundstoffindustrien die Möglichkeit ein, erhöhte Abschreibungen, sogenannte Sonderabschreibungen, vorzunehmen. Diese wesentliche Vergünstigung des Investitionshilfegesetzes (vgl. hierzu Langfristige Darlehen) besteht z. B. darin, daß Sonderabschreibungen auf die als förderungswürdig anerkannten Bauvorhaben zulässig sind.

Hierdurch soll den Grundstoffindustrien ein Anreiz gegeben werden, ihre Anlagen zu modernisieren, weil der im Investitionshilfegesetz festgelegte Aufbringungsbetrag zur Deckung des erforderlichen Investitionsbedarfs nicht ausreicht. Diese Sonderabschreibungen werden über die nach dem Einkommensteuergesetz zugelassenen Abschreibungen hinaus gewährt. Sie können im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in den beiden folgenden Jahren in Anspruch genommen werden. Auf diese Weise verschieben sich die an den Fiskus abzuführenden Steuern auf einen späteren Zeitpunkt. Mit anderen Worten, die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen wurden erhöht.

Von der durch § 36 Investitionshilfegesetz gegebenen zusätzlichen Abschreibungsmöglichkeit wurde auch von uns aus steuerlichen Gründen Gebrauch gemacht. (Die Abschreibungsbeträge sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen als Sonderposten ausgewiesen.)

Durch die Vornahme der Sonderabschreibungen verringert sich der steuerpflichtige Gewinn. Diese Verkürzung des steuerlichen Gewinns bedeutet, trotzdem sie erheblich ist, im Endergebnis nur eine Art steuerliches Darlehen. Das was im Zeitpunkt der Anschaffung oder Herstellung zusätzlich abgeschrieben werden kann, fehlt in späteren

Jahren an der Abschreibungssumme und erhöht dann in entsprechendem Maße den steuerlichen Gewinn.

Der Besonderen Rücklage (Sonderabschreibungen nach § 36 Investitionshilfegesetz) wurden in den einzelnen Geschäftsjahren folgende Beträge zugeführt:

											<u>in 1</u>	1000 DM
1951/52												14 526
												9 718
1953/54												15 000
Stand 30.	S	epi	ter	nb	er	1	954	4				39 244

Wertberichtigungen zu Posten des Umlaufvermögens

Die Wertberichtigungen zu Forderungen sind zur Deckung von etwa ausfallenden Forderungen vorgesehen

gesehen.
Gemäß § 7c Einkommensteuergesetz sind langfristige, zinslose Darlehen für den sozialen Wohnungsbau vom steuerlichen Ergebnis voll abzugsfähia.

Bei den steuerlichen Vergünstigungen gemäß § 7c Einkommensteuergesetz verhält es sich ähnlich wie bei den Sonderabschreibungen nach § 36 Investitionshilfegesetz. Die jährlichen Rückzahlungen der Darlehensnehmer erhöhen den Gewinn und müssen voll versteuert werden.

Pensionsrückstellungen

Allgemein ist man der Auffassung, daß die Pension einen Teil des Arbeitsentgeltes darstellt, der nach Eintritt in den Ruhestand gezahlt werden soll. Es ist deshalb erforderlich, daß man neben den zu zahlenden Löhnen, Gehältern und laufenden Pensionszahlungen Pensionsansprüche der aktiven Belegschaft — verteilt auf die fernere Aktivitätszeit — jeweils dem Jahresergebnis belastet.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft, Direktor F. Butschkau, nahm auf der Hauptversammlung zu dieser Frage wie folgt Stellung: "Zu den Pensionen ist grundsätzlich zu sagen, daß die Altersversorgung der Belegschaft, auch international gesehen, ein Erfordernis ist, dem praktisch überall Rechnung getragen wird. Wir haben deshalb gern und einstimmig im Aufsichtsrat die Pensionsordnung beschlossen. Berücksichtigt man bei diesen Rückstellungen die Steuerersparnis, so ist natürlich der Aufwand erheblich geringer als die ausgewiesenen Zahlen es zunächst erscheinen lassen."

Da die Pensionsrückstellungen z. T. erst in der ferneren Zukunft benötigt werden, können die Beträge langfristig im Betrieb eingesetzt werden. Die auf Grund versicherungsmathematischer Gutachten gebildeten Rückstellungen für Pensionen veränderten sich vom 1. Oktober 1950 bis 30. September 1954 wie folgt:

(auf 1000 DM abgerundet)

Stand 1. Oktober 1950	3 739 000
Zusetzung wegen Neuordnung	30 458 000
Laufende Zuführungen	22 486 000
Einmalzuführungen wegen Erhö-	
hung der Pensionszusage	16 839 000
	73 522 000
Pensionszahlungen	7 481 000
Stand 30. September 1954	66 041 000

Sonstige Rückstellungen

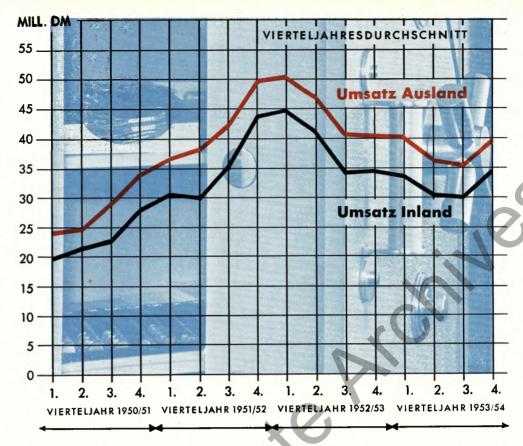
Die sonstigen Rückstellungen betreffen u.a. Kundenreklamationen, Anleihezinsen, Haftungsrisiko aus weitergegebenen Wechseln und schwebende Abrechnungen.

Anleihen

Bei den Anleihen handelt es sich um anteilig im Zuge der Neuordnung von der Gutehoffnungshütte Oberhausen Aktiengesellschaft übernommene Schulden, die durch Belastung des Grundbesitzes gesichert sind. Der zum 30. September 1954 ausgewiesene Betrag betrifft die Dollaranleihe aus dem Jahre 1925.

Langfristige Darlehen

Die langfristigen Darlehen stellen Investitionskredite dar, die im Zusammenhang mit dem Neubauprogramm der Gesellschaft aufgenommen wurden. Sie setzen sich zum 30. September 1954 wie folgt zusammen:



Die Mittel des ECA-Kredites stammen aus Beträgen, die von der Besatzungsmacht (Marshall-Plan) der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden. Zu dem Investitionshilfe-Kredit ist folgendes zu bemerken: Zur Deckung des dringend notwendigen Investitionsbedarfs der Grundstoffindustrien, zu denen auch die Hüttenwerke gehören, hatte die gewerbliche Wirtschaft entsprechend den Vorschriften des Investitionshilfegesetzes einen Beitrag in Höhe von rd. einer Mrd. DM zu leisten. Diese Mittel wurden den Grundstoffindustrien im Kreditwege für volkswirtschaftlich förderungswürdig anerkannte Investitionsvorhaben zur Verfügung gestellt. Die sonstigen Kredite wurden in

unternehmen gewährt. Unser Werk erhielt aus diesem Betrag einen Kredit in Höhe von 12 Mill. DM.

der Hauptsache von Banken und Versicherungs-

Warenschulden

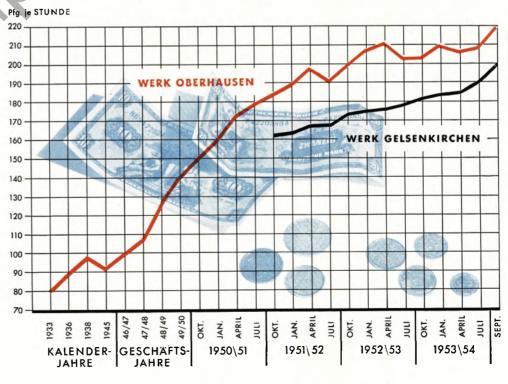
Diese Verbindlichkeiten entsprechen jeweils dem monatlichen Geschäftsumfang und sind inzwischen abgewickelt.

Sonstige Verbindlichkeiten

Sie setzen sich in der Hauptsache aus an den Bilanzstichtagen noch nicht fälligen Steuern, Personalaufwendungen und Zinsen zusammen.

Reingewinn

Das Geschäftsjahr 1951/52 weist einen Verlust von rd. 165 000 DM aus, der durch den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr ausgeglichen wurde. Im Geschäftsjahr 1952/53 wurde ein Reingewinn von rd. 3182 000 DM und im Geschäftsjahr 1953/54 ein Reingewinn von rd. 3292 000 DM erzielt. Aus dem Reingewinn wird für das Geschäftsjahr 1952/53 und für das Geschäftsjahr 1953/54 eine Dividende von je 3% auf das Grundkapital von 104 000 000 DM ausgeschüttet. Der nach dieser Ausschüttung verbleibende Betrag von rd. 234 000 DM wird auf neue Rechnung vorgetragen. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Bild der HOAG-Bilanz uns berechtigt, mit Vertrauen in das neue Geschäftsjahr zu gehen.



Erläuterungen zu den Gewinnund Verlustrechnungen

Zum besseren Verständnis der Erfolgsrechnungen werden nachstehend die wesentlichen Posten erläutert.

Nach Abzug der beiden Posten "Verbrauch von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen" und "Alle übrigen Aufwendungen usw." vom Bruttoumsatz erhält man den "Jahresertrag", der gemäß § 132, Abs. 1, II Aktiengesetz in der zu veröffentlichenden Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt werden muß. Dieser Rohertrag ist nicht gleichbedeutend mit Gewinn. Hiervon müssen vielmehr die nachstehend aufgeführten Aufwendungen abgezogen werden. Setzt man von diesem Jahresertrag die einzeln aufgeführten Aufwendungen und Abschreibungen auf das Anlagevermögen ab, so erhält man den "Ertrag vor Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten".

Aufwendungen

Die Löhne und Gehälter umfassen alle in dem Geschäftsjahr anfallenden Personalkosten. Sie betragen im Verhältnis zum Bruttoumsatz im Geschäftsjahr 1951/52 13,3%, im Geschäftsjahr 1952/53 13,7% und im Geschäftsjahr 1953/54 15,9%.

Zu den "Gesetzlichen sozialen Abgaben" gehören die Arbeitgeberanteile zur Invaliden-, Angestellten-, Berufsgenossenschafts-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

In den "Freiwilligen sozialen Aufwendungen" sind folgende wesentliche Posten enthalten: Weihnachtsvergütung, Kurkosten für Belegschaftsmitglieder, Zuwendungen an Jubilare sowie Unterstützungen und Beihilfen. Über die in den Gewinn- und Verlustrechnungen im einzelnen aufgeführten sozialen Aufwendungen hinaus wurde für sonstige soziale Leistungen in den vier vergangenen Geschäftsjahren ein Betrag von rd. 8,6 Mill. DM aufgewandt.

Auf die Pensionsrückstellungen und Zahlungen sind wir bereits an anderer Stelle eingegangen (vgl. "Erläuterungen zu den Jahresabschlüssen" auf Seite 41).

Das Ansteigen des Zinsaufwandes in den Geschäftsjahren 1952/53 und 1953/54 wurde durch die aufgenommenen Investitionskredite verursacht (vgl. "Erläuterungen zu den Jahresabschlüssen"/Langfristige Darlehen).

Bei den Steuern vom Ertrag und Vermögen handelt es sich im wesentlichen um die Gewerbekapital-, Lohnsummen-, Vermögen- und Grundsteuer. Die anderen Steuern und Abgaben setzen sich im wesentlichen aus Umsatzsteuer, Beiträge an Wasserverbände und Umlage der Montanunion zusammen.

Auf die Abschreibungen wurde bereits eingegangen (vgl. "Wie lesen wir unsere Bilanz?", Seite 40 sowie "Erläuterungen zu den Jahresabschlüssen", Seite 41).

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Siehe hierzu die Erläuterungen zu den Jahresabschlüssen: Anlagevermögen, Seite 39, Besondere Rücklage, Seite 40 und Wertberichtigungen gemäß § 7c Einkommensteuergesetz, Seite 41.

Reingewinn

Auf den Reingewinn wurde bereits bei den Erläuterungen zu den Jahresabschlüssen ausführlich eingegangen (Seite 41).

Gegenüberstellung der aktienrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnungen

	Für die Zeit	Für die Zeit	Für die Zeit
	vom 1.10.1953	vom 1.10.1952	vom 1.10.1951
	bis 30.9.1954	bis 30.9.1953	bis 30.9.1952
		in 1000 DM	*
ruttoumsatz	455 070	539 423	507 351
Verbrauch von Roh-, Hilfs- und Betriebs-	433 070	337 423	307 331
stoffen	203 003	—286 400	290 296
Alle übrigen Aufwendungen (insbes. Fremdleistungen) nach Aufrechnung der			
Bestandsveränderung der Erzeugnisse usw	— 90 415	— 78 984	— 66 118
rträge		•	
Jahresertrag gemäß § 132, Abs. 1,11			
Authorization Estation	161 652	174 039	150 937
Außerordentliche Erträge	_	92	186
	161 652	174 131	151 123
ufwendungen			
Löhne und Gehälter	72 245	73 705	67 615
Sozialaufwand Gesetzliche soziale Abgaben	8 010	0.010	7 470
Gesetzliche soziale Abgaben Freiwillige soziale Aufwendungen	4 671	8 018 4 817	7 179 3 923
Pensionsrückstellungen u. Zahlungen	8 036	17 363	11 155
Spenden, die dem Gemeinwohl dienen	89	64	61
Zinsen, soweit sie die Zinserträge über-			
steigen	5 120	3 165	1 056
Steuern vom Ertrag und Vermögen	5 184	4 569	4 268
Soforthilfe- und Vermögensabgabe	5 226	5 226	3 562
Andere Stevern und Abgaben	20 583	23 192	19 177
Beiträge an gesetzl. Berufsvertretungen	14	14	15
Summe Aufwendungen	129 178	140 133	118 011
ruttoüberschuß = Ertrag vor Abschrei- ungen auf das Anlagevermögen und vor usnutzung der steuerlichen Möglichkeiten	32 474	33 998	33 112
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	29 182	30 816	28 900
rtrag vor Ausnutzung der steuerlichen öglichkeiten	+ 3 292	+ 3 182	+ 4212
ußerordentliche Aufwendungen			-
Zuführung zur Besonderen Rücklage (Sonderabschreibungen nach § 36 IHG)	15 000	9 718	14 526
Zuführung zur Wertberichtigung zu Forderungen gemäß § 7c EStG	2 480	3 421	626
	4/ 400	0.057	40.015
ußerordentliche Erträge	— 14 188	— 9 <u>9</u> 57	— 10 940
Entnahme aus der Anderen Rücklage	17 351	13 120	10 775
Teilvereinnahmung der Wertberichtigung zu Forderungen gemäß § 7c EStG	129	19	_
thresergebnis (G = Gewinn, V = Verlust)	G 3 292	G 3 182	V 165
ewinnvortrag	G 3 182	_	G 165

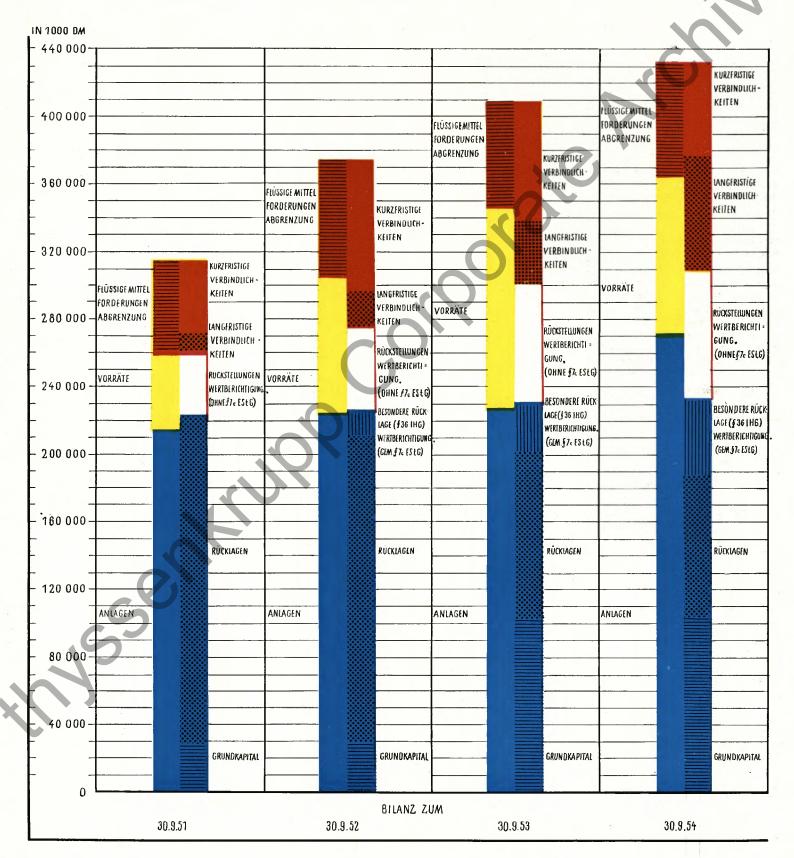
Erläuterungen zum Bilanzvergleich

Die untenstehende Darstellung zeigt, wie sich Vermögen und Kapital bzw. Schulden während der letzten vier Geschäftsjahre entwickelt haben. Zum besseren Verständnis sei bemerkt, daß in den Säulen die Bilanzwerte der einzelnen Geschäftsjahre enthalten sind. Die linke Seite der Säulen enthält die Aktiva, die rechte die Passiva.

Die vergangenen vier Geschäftsjahre sind durch eine ständige Ausweitung der Bilanzwerte gekennzeichnet. Auf der Aktivseite ist die Erhöhung u. a. auf eine Zunahme des Anlagevermögens zurückzuführen. Weiterhin sind in den ersten drei Jahren die Vorräte angewachsen. Die Zunahme der Vorräte ist — wie bereits erwähnt — auf die Erhöhung der Erzeugung und des Umsatzes sowie auf Preissteigerungen zurückzuführen. Der Rückgang im vierten Geschäftsjahr entfällt zum überwiegenden Teil auf eine echte Abnahme der Vorräte und zum Teil auf Preisrückgänge.

Aus der Passivseite ersieht man vor allem die im Zusammenhang mit der Neuordnung durchgeführten Umbuchungen auf "Grundkapital" (Erhöhung 74 Mill. DM) und "Rücklagen" (Erhöhung 7,4 Mill. DM). Die Rückstellungen sind entsprechend der Ausweitung des Geschäftes angestiegen. Die Zunahme der langfristigen Verbindlichkeiten entspricht in etwa der jährlichen Nettoinvestition.

Zusammenfassend sei nochmals gesagt, daß aus der untenstehenden graphischen Darstellung plastisch hervorgeht, wie sich unsere Vermögens- und Kapitalwerte in der Berichtszeit ständig aufwärtsentwickelt haben. Ein Blick auf die durch die Bilanzwerte ausgedrückte günstige Entwicklung zeigt, daß wir weiterhin getrost in die Zukunft schauen können.



Im Rahmen der Hauptversammlung hielt der technische Direktor der Hüttenwerk Oberhausen AG, Dr. Ing. Rudolf Graef, ein höchst interessantes Referat über den Wiederaufbau und die Modernisierung des Hüttenwerkes Oberhausen. Selten wohl hat man einen solch aufschlußreichen und erschöpfenden Vortrag über die Gesamtlage des Werkes gehört. Dr. Graef schilderte äußerst anschaulich, was während der letzten Jahre an Aufbauarbeit geleistet wurde. Seine Ausführungen waren so prägnant und umfassend, daß sie jedem, der sich für die Lage auf dem technischen Sektor interessiert, ein genaues Bild vermitteln. Wie bei den Aktionären, so wird der Bericht bestimmt auch bei der Belegschaft lebhaften Widerhall finden und sicherlich den einzelnen mit der Struktur des Werkes vertraut machen.



ES GING AUFWARTS!

DAS ERGEBNIS SINNVOLLER ZUSAMMENARBEIT VON MENSCH UND MASCHINE

im Mittelpunkt des Referates von Dr. Graef stand der Bericht über die Aufbauarbeit im Hüttenwerk Oberhausen während der letzten Jahre. Der technische Direktor schilderte, wie das Werk gegen Kriegsende aussah: Bombenangriffe und Artilleriebeschuß hatten an vielen Stellen schwere Zerstörungen verursacht. Allein etwa 1200 Spreng-bomben konnten auf dem Werksgelände gezählt werden. Doch waren glücklicherweise die wichtigsten Erzeugungsanlagen und Versorgungsbetriebe zumindest notdürftig einsatzfähig geblieben. So konnte bereits kurz nach dem Zusammenbruch das Hüttenwerk Oberhausen als erstes Werk des rheinisch-westfälischen Industriereviers die Arbeit wieder aufnehmen. Schon am 14. Juli 1945 kam die erste Walzenstraße wieder in Betrieb. Es war die 550er-Stabstraße auf Neu-Oberhausen.

Planvolle Modernisierung

Dr. Graef berichtete, wie es seinerzeit darauf ankam, die Anlagen überhaupt wieder in Gang zu bringen. In erster Linie wurde überall das getan, was für die Entwicklung der Produktion zunächst am notwendigsten war. Das Endziel war jedoch eine planvolle Modernisierung und Rationalisierung, da viele der erhalten gebliebenen Anlagen durch die Überbeanspruchung während des Krieges überholungsbedürftig und zum Teil veraltet waren. Um nach dem Eintreten normaler Verhältnisse die Konkurrenzfähigkeit des Werkes zu sichern, mußte ein langfristiger Plan entwickelt werden, nach dem der endgültige Wiederaufbau entsprechend der Dringlichkeit der einzelnen Anlagen stufenweise erfolgte, dessen Grundgedanken sich etwa wie folgt aufzeichnen lassen:

- Verbesserung der Transportverhältnisse und Wiederherstellung der von jeher vorbildlichen Oberhausener Verbundwirtschaft.
- Modernisierung und Rationalisierung der betrieblichen Energiewirtschaft.
- Verbesserung der Stahlwerksanlagen ohne Schaffung zusätzlichen Konverter- oder Ofen-
- Anpassung der Walzwerks-Kapazität an die Erzeugungsmöglichkeit an Rohstahl bei Berücksichtigung der Marktentwicklung und der steigenden Qualitätsansprüche.
- Bessere Verwertung der Nebenprodukte, insbesondere der Hochofenschlacke

Zum ersten der erwähnten Punkte stellte Direktor Dr. Graef fest, daß die örtliche Lage der Oberhausener Betriebe ihre Vor- und Nachteile habe. Der Hauptnachteil ist die Trennung in drei zum Teil durch öffentliche Verkehrswege (Essener und Osterfelder Straße) voneinander getrennte Werksteile: der Eisenhütte (Hochofenanlagen), dem Werksteil Neu-Oberhausen (Stahlwerke, Block- und Profil-walzwerke) und dem Walzwerk Oberhausen (Blechwalzwerk). Infolge dieser Dreiteilung des Oberhausener Werkes wird durch die Vergrößerung der Transportwege der gesamte Arbeitsfluß erschwert. Oberhausen liegt dadurch in den innerwerklichen Transportkosten höher als die meisten anderen Werke der Eisen schaffenden Industrie. Es ist daher eines der Hauptziele für die nächsten Jahre, diese durch die örtliche Lage bedingten ungünstigen Transportverhältnisse so weit wie möglich zu verbessern.

Unlogische Entflechtung

Als besonderen Vorteil dieser auf der einen Seite ungünstigen örtlichen Verhältnisse bezeichnete er dagegen die enge Verbundwirtschaft, die im Gutehoffnungshütte-Konzern zwischen den Oberhausener Hütten- und Bergbaubetrieben entwickelt wurde und sich auf die Brennstoffversorgung (insbesondere auf die Gaswirtschaft), auf die Stromund Wasserversorgung sowie auf das Transportwesen bezieht. Sie wurde zwar in ihren Funktionen bei dem guten Willen der Beteiligten auch durch die Entflechtung nicht wesentlich gestört, zeigt aber dennoch, wie unlogisch und unnatürlich die Trennung von Kohle und Eisen im Oberhausener Raum erfolate.

Gasbehälter werden gebaut

Dr. Graef betonte in diesem Zusammenhang, daß der Ausbauplan des Werkes darauf hinauslaufe, die Vorteile, die durch die enge Verbundwirtschaft gegeben sind, voll zu bewahren und zu vertiefen. Zur Energiewirtschaft sagte Dr. Graef, daß sowohl für die Verbundwirtschaft als auch für die Gasversorgung des Hüttenwerkes die durch den Krieg hervorgerufene Zerstörung der Gasspeicher sich äußerst schwerwiegend ausgewirkt habe. Um zu geregelten Betriebsverhältnissen zu gelangen, war ihr Aufbau vordringlich. Der "kleine", 40000 Ku-bikmeter fassende Gasbehälter konnte im März 1947 in Betrieb genommen werden, während der Wiederaufbau des großen Behälters, der mit seinem Fassungsraum von 350000 Kubikmeter ein Wahrzeichen Oberhausens ist, am 10. Januar 1946 kurz vor der Fertigstellung durch einen Brand gestört wurde und erst zum Jahresbeginn 1950 abgeschlossen werden konnte. Erst nach Wiederherstellung der Gasbehälter konnte mit der eigentlichen Rationalisierung der Energiewirtschaft begonnen werden.

So wie hier nach einem Bombenangriff am Silvesterabend des Jahres 1944 im Blechwalzwerk, so sah es gegen Ende des Krieges auch an vielen anderen Stellen des Werkes aus. Bombenangriffe und Artilleriebeschuß hatten schwere Zerstörungen verursacht. Allein etwa 1200 Sprengbomben konnten auf dem Gelände des Werkes gezählt werden.



Erforderlich: das Kraftwerk

Die moderne Energiewirtschaft eines Hüttenwerkes muß eine ausreichende Versorgung der Betriebe mit Dampf, Wind, Wasser und Strom bei allen Belastungsstufen sichern. Nicht zu übersehen, daß die Erzeugung dieser Hilfsstoffe - soweit sie im Werk selbst erfolgt — mit wirtschaftlichen Kosten zu geschehen hat. Energieverluste, die besonders bei Gichtgas leicht auftreten können, müssen weitgehendst vermieden werden. Es war eine der wunden Stellen des Hüttenwerks Oberhausen, daß die Energiewirtschaft nicht die Möglichkeit hatte, wirtschaftliche Zusatzbrennstoffe zu verwenden und allein vom Gichtgas abhängig war. Bei jeder kleinen Betriebsstörung der das Gichtgas spendenden Hochöfen wurde infolgedessen die Energieversorgung empfindlich getroffen. Mit dem Bau des neuen Hochdruck-Kraftwerkes wurde die

(Fortsetzung Seite 46)

Kokillenguß im Stahlwerk : Die freie Welt braucht Stahl, Stahl und nochmals Stahl ! Die Produktion der Hütte hängt vom Zusammenspiel der Tausende und vom Verständnis der Tausende für das Gesamtwerk ab





Zur Erzeugung von Knüppeln stand eine alte dreigerüstige 750 er-Trio-Straße zur Verfügung, die im Herbst vorigen Jahres durch eine moderne Anlage ersetzt wurde, bestehend aus einem 850 er-Umkehrduo-Vorgerüst und einer nachgeschalteten siebengerüstigen kontinuierlichen Straße. Unser Bild zeigt die kontinuierliche Staffel. Der Zuschnitt der Anlage erlaubt einen Durchsatz von mindestens 60 000 Tonnen je Monat gegenüber 25 000 Tonnen der alten Anlage. Bei außerdem stark verringertem Personalaufwand und einem bedeutend erhöhten Ausbringen.

Energiewirtschaft des Werkes schließlich auf eine völlig neue Basis gestellt.

Alsdann machte Dr. Graef die Aktionäre im einzelnen mit den Aufgaben und technischen Daten des Kraftwerkes bekannt: Im März 1953 wurde mit dem Bau begonnen und im Juli 1954 der erste Hochdruckkessel mit den dazugehörigen Turbogeneratoren in Betrieb genommen. Der zweite Kessel wurde Anfang 1955 fertiggestellt. Unbedingt wesentlich ist, daß die Kessel des neuen Kraftwerkes mit Gichtgas und Kohle beheizt werden können. Dadurch wird die Energiewirtschaft des Werkes vom Gichtgas unabhängiger als bisher: das Gichtgas kann nunmehr elastisch dorthin gesteuert werden, wo es am dringendsten gebraucht und am rationelisten verwertet wird. Die Gasabaabe an Fremde kann von bisher etwa 25 Prozent des Anfalles bis auf etwa 50 Prozent gesteigert werden, was völlig im Sinne einer Vertiefung der Ver bundwirtschaft ist und der Allgemeinheit, nicht zuletzt der Bevölkerung, durch Freimachung entsprechender Mengen an Koksgas für das öffent-liche Netz zugute kommt. Die durch den Bau des Kraftwerks erzielte Sicherung des Gichtgashaushalts hat ferner die Möglichkeit geschaffen, eine Reihe von Walzwerksöfen von Starkgas auf Gichtgasbeheizung umzustellen, wodurch eine wesent-liche Senkung der Brennstoffkosten eingetreten ist und dem öffentlichen Netz weitere größere Mengen an Starkgas zur Verfügung gestellt werden können. Hinzu kommt außerdem eine bedeutende Senkung der Dampf- und Stromkosten und die Verbesserung der Windversorgung der Hochöfen.

Gas, Wind, Dampf und Strom

Vor Inbetriebnahme des Kraftwerkes wurde der Wind für die Hochöfen in vier Maschinenhäusern erzeugt. Bis zu dreizehn Gebläsemaschinen waren dafür erforderlich, und auch das reichte bei hoher Produktion nicht aus. Nachdem die Windversorgung weitgehendst vom Kraftwerk übernommen wurde, werden in den Maschinenhäusern bald neun der alten und unwirtschaftlichen Gasgebläse abgerissen, nur die vier modernsten bleiben noch in Betrieb, beziehungsweise in Reserve. Dem Kraftwerk stehen zur Windversorgung zwei Turbogebläse von 480000 Nm³/h zur Verfügung, womit die Windversorgung der sieben vorhandenen Hochöfen jetzt bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit absolut gesichert ist.

Ähnliche Vorteile ergeben sich nach dem Bau des Kraftwerkes für die Dampferzeugung. Bisher standen für die Dampferzeugung drei alte Kesselanlagen mit insgesamt 51 Flammrohrkesseln zur Verfügung, die unter hohem Kostenaufwand maximal 115 Tonnen Dampf je Stunde liefern konnten. Zwei Kessel des Dampfkraftwerkes liefern dagegen 200 bis 250 Tonnen, der außerdem etwa die Hälfte des Dampfes aus den alten Anlagen kostet.

Auch die Stromversorgung des Werkes wird weitgehend Angelegenheit des Dampfkraftwerkes sein. Drei Turbinen (zwei Vorschaltturbinen und eine Kondensationsturbine) können bis zu 30 MW liefern, früher lag die Höchstleistung aller Gasdynamos und alten Turbinen bei 24,5 MW. Die vorhandenen alten Gasdynamos werden in Zukunft als Reserve dienen und sollen nur bei etwaigen Störungen an den Turbinen des Kraftwerkes eingesetzt werden. Als Abschluß des Kraftwerkprojektes ist der Bau eines dritten Hochdruckessels vorgesehen, der als Reserve unbedingt erforderlich ist.

Wasserproblem gelöst

Dr. Graef kam dann auf die Wasserversorgung des Werkes zu sprechen, wie überhaupt die Wasserversorgung des Industriereviers ein noch der endgültigen Lösung harrendes Problem ist. Allein im Raume Oberhausen benötigen die ehemaligen GHH-Betriebe, die auch heute noch eine gemeinsame Wasserwirtschaft betreiben, monatlich fünf bis sechs Millionen Kubikmeter Frischwasser. Das ist eine stattliche Menge, die beispielsweise zur Versorgung einer größeren Stadt ausreichen würde. Das Wasser wird der Ruhr und der Emscher entnommen. Bis vor einiger Zeit jedoch war das Emscherwasser wegen seiner starken Verschmutzung nur bedingt brauchbar. Das änderte sich nach der Errichtung einer neuen Kläranlage, die die Leistung der im Kriege zerstörten Anlage bei weitem übertrifft. Dadurch wurde für die Hüttenbetriebe eine weitgehende Umstellung von Ruhr- auf Emscherwasser ermöglicht, womit eine größere Sicherheit der Wasserversorgung für das Hüttenwerk wie auch für die Bergbaubetriebe gewährleistet ist.

Groß-Hochofen geplant

Auf die Produktionsbetriebe überleitend, erklärte der technische Direktor, daß es zu weit führen würde, alle hier während der letzten Jahre durchgeführten oder in Aussicht genommenen Projekte aufzuzählen und zu erläutern. Für den Hochofenbetrieb nannte er eine 1949 fertiggestellte Sinteranlage zum Sintern von Feinerzen, mit deren Baubereits im Kriege begonnen worden war. Die

dadurch erreichte Erhöhung der Sinterkapazität gestattet eine größere Beweglichkeit in der Möllerführung und in der Auswahl preislich günstiger Erzsorten. Zwei Hochöfen wurden neu zugestellt. Der Wiederaufbau einer im Kriege zerstörten Roheisengießmaschine wurde Ende 1953 abgeschlossen. Sie ermöglicht die Gewinnung größerer Mengen festen Roheisens in einer allen Kundenwünschen gerecht werdenden Beschaffenheit. Von einem Neubau eines Hochofens wurde bisher abgesehen. Doch gab Dr. Graef zu verstehen, daß auf weitere Sicht der Bau eines Groß-Hochofens nach modernsten Gesichtspunkten geplant sei.

Zur Intensivierung des Absatzes von Hochofenschlacke, die in granulierter Form als Schlackensand zur Herstellung von Hüttenzement und Hüttenmauersteinen dient sowie als gebrochene Schlacke oder auch in aufbereiteter Form als sogenannte Baggerschlacke beim Straßen- und Eisenbahnbau Verwendung findet, wurden verschiedene Projekte durchgeführt, die von der Schaffung einer bequemen Abfuhrmöglichkeit vom Schlackenberg bis zum Ausbau des Zementwerkes reichen. Auf diese Weise konnte der Schlackenabsatz während der letzten Jahre vervielfältigt werden. Dabei wird der große Schlackenberg, auf dem seit einigen Jahrzehnten Hochofenschlacke angekippt wird, immer kleiner. Bei Beibehaltung des jetzigen Abbautempos dürfte er in etwa zehn bis fünfzehn Jahren ganz verschwunden und auf diese Weise wertvolles Betriebserweiterungsgelände gewonnen sein.

"Ozwei-Stahl" — ein Qualitätsbegriff

In bezug auf die technische Entwicklung in den Stahlwerken wies Dr. Graef darauf hin, daß mit Einführung des Sauerstoffblaseverfahrens die metallurgische Technik in ein neues Stadium getreten sei. Auf diesem Gebiet hat Oberhausen Pionierarbeit geleistet. Bereits vor dem Kriege war in Oberhausen die Anwendung von Sauerstoff im Hochofenbetrieb mit Erfolg versucht worden. Aus diesem Grunde wurde schon damals der Bau einer Großanlage zur Gewinnung von Sauerstoff vorgesehen, was jedoch infolge der Kriegsverhältnisse erst Ende 1948 in die Tat umgesetzt werden konnte. Die Versuche, in größerem Maße mit Hilfe von Sauerstoff einen stickstoffarmen Stahl im basischen Konverter zu erzeugen, reichen in Oberhausen mehrere Jahre zurück. Nach Anschluß des Thomasstahlwerks an die Sauerstoffanlage im August 1949 konnte das Verfahren bereits mit Erfolg in den normalen Produktionsprozeß aufgenommen werden. Heute bildet der Oberhausener im Blasverfahren hergestellte "Ozwei-Stahl" einen festen Qualitätsbegriff. Er ist ein stickstoffund phosphorarmer Konverterstahl, der viele SM-Qualitäten voll ersetzt, so daß in Oberhausen das Duplizieren, das heißt die kostspielige Nachbehandlung von flüssigem Thomasstahl im SM-Ofen, gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich eingeschränkt werden konnte und heute nur bei auftretendem Schrottmangel angewandt wird. Auch im Siemens-Martin-Stahlwerk wurde die Anwendung von Sauerstoff eingeführt, wobei hier die Steigerung der Leistung der Öfen im Vordergrund steht.

Martinwerke modernisiert

Wie rasch die Entwicklung vor sich geht, ersieht man daraus, daß die Sauerstoffanlage mit einer Leistung von 6500 Nm³ zweiundsiebzigprozentigem Sauerstoff je Stunde, die zur Zeit der Projektierung als völlig ausreichend angesehen wurde, heute bei höherer Produktion schon nicht mehr genügt. Der Bau einer zweiten Anlage wurde daher in Erwägung gezogen. Durch die Anwendung von Sauerstoff im Thomasstahlwerk wurde außer der verbesserten Qualität des Stahles auch die Leistung der Konverter erheblich gesteigert, da die Blasezeit je Charge verkürzt und das Chargengewicht erhöht werden konnten. Um die verbesserte Leistung im Konverterbetrieb auch ausnutzen zu können, mußten in der Gießgrube des Thomaswerkes Erweiterungen und umfangreiche Modernisierungen vorgenommen werden. Es besteht nun die Möglichkeit, im Thomaswerk monatlich bis zu 80000 Tonnen Rohstahl zu erzeugen und in Blöcken abzugießen.

Was die beiden Siemens-Martin-Stahlwerke anbelangt, so gab Direktor Dr. Graef den Aktionären Kenntnis von der Modernisierung im Martinwerk I, wo drei kleine Öfen durch zwei größere und im Martinwerk II nach und nach die fünf mit Generatorgas beheizten Öfen durch moderne Kaltgasöfen

ersetzt wurden. Der Umbau von drei weiteren Öfen im Martinwerk I steht noch bevor. Eine Überholung und Verstärkung der Gießkranbahn im SM-Werk II ermöglichte zusammen mit dem Einsatz neuer, schwerer Gießkräne durch Erhöhung des Chargengewichts von 70 auf 100 Tonnen eine Anpassung der Gießleistung an die tatsächlich vorhandene, aber bisher nicht ausnutzbare Ofenkapazität. Durch die Modernisierung und Rationalisierung in den Martinwerken stieg die Erzeugungsmöglichkeit für SM-Stahl (ohne Verwendung von im Konverter vorgeblasenem Material) von etwa 43000 Tonnen auf 60000 Tonnen im Monat an. Es ist anzunehmen, daß diese Kapazität für die nächsten Jahre ausreichend sein wird. Sollte sich jedoch einmal eine Vergrößerung als notwendig erweisen, so besteht die Möglichkeit, in einer Verlängerung der Halle des Martinwerkes II zwei weitere Martinöfen von je 200 Tonnen Fassungsraum mit einer Erzeugung von 20000 Tonnen je Monat zu bauen.

"Museumsstücke" verschwinden

Dr. Graef gab zu verstehen, daß damit das Wiederaufbau- und Rationalisierungsprogramm in den Stahl erzeugenden Betrieben zum größten Teil als abgeschlossen angesehen werden könne. In den Walzwerken allerdings, wo auch bereits schon manches geschehen ist, bleibt jedoch noch vieles zu tun übrig. In Oberhausen befinden sich beispielsweise noch einige Walzwerksanlagen in Betrieb, die um die Jahrhundertwende erbaut wurden. Es liegt auf der Hand, daß solche "Museumsstücke" die Konkurrenzfähigkeit der Hütte gegenüber mit modernen Anlagen ausgestatteten Werken stark beeinträchtigen.

In den Walzbetrieben muß demzufolge in den nächsten Jahren noch allerhand investiert werden.

Umbau der Blockstraßen

Die erste Stufe im Walzwerk sind die Blockstraßen, durch die praktisch die gesamte Rohstahlerzeugung geht. Ihre Leistungsfähigkeit muß mit der Kapazität der Stahlwerke abgestimmt sein, die Güte ihrer Erzeugnisse ist in hohem Grade maßgebend für die Qualität des Endproduktes. Beides war in Oberhausen nicht mehr befriedigend. Leider konnte der schon von der GHH in Auftrag gegebene Neubau einer Blockstraße durch den Krieg nicht verwirklicht werden. Erst im Sommer 1954 wurde die erste der beiden Oberhausener Blockstraßen dann vollständig umgebaut, womit die Voraussetzung geschaffen wurde für eine zunächst ausreichende und qualitativ entsprechende Versorgung der nachgeschalteten Walzenstraßen. Der Bau dieser Straße wurde in 45 Tagen durchgeführt. Die Erzielung einer möglichst kurzen Bauzeit war in diesem Falle besonders wichtig, da während dieser Zeit nur eine Blockstraße zur Verfügung stand, was sich auf die gesamte Erzeugung des Werkes auswirken mußte.

Etwa die gleiche Modernisierung wie bei der Blockstraße I soll für die Blockstraße II bis Mitte nächsten Jahres abgeschlossen sein.

Neue Öfen

Die Leistung und das Qualitätsergebnis der Blockstraßen sind eng verbunden mit den Verhältnissen in der Tiefofenanlage. Dr. Graef betonte, daß die Werksleitung sich die geradezu stürmische Entwicklung auf diesem Gebiet zunutze machen und einen Teil der veralteten Öfen zu erneuern beabsichtige.

Zur Erzeugung von Knüppeln stand eine alte dreigerüstige 750er-Triostraße zu Verfügung, die im Herbst vergangenen Jahres durch eine moderne Anlage ersetzt wurde, bestehend aus einem 850er-Umkehrduo-Vorgerüst und einer nachgeschalteten siebengerüstigen kontinuierlichen Straße. Die neue Anlage erlaubt bei erheblich niedrigerem Personalaufwand einen Durchsatz von mindestens 60000 Tonnen im Monat gegenüber 25000 Tonnen der alten Anlage.

Die Feineisenstraße

Die Feineisenstraße, über deren Bau in der Werkzeitung schon wiederholt berichtet wurde, ist nach den Worten von Dr. Graef eine der größten Investitionen der letzten Jahre. Im Oberhausener Walzprogramm bestand seit der Stillegung der alten Feinstraße im Jahre 1936 eine empfindliche

Lücke, da keine für die Herstellung von Stabstahl in kleinen Abmessungen geeignete Walzenstraße vorhanden war. Bei der Struktur des deutschen Stabstahlgeschäftes ist dies, wie Dr. Graef berichtete, von großem Nachteil, da Aufträge, die sich meist auf die verschiedensten Profile und Abmessungen erstrecken, eher dorthin vergeben werden, wo sie auch geschlossen erledigt werden können. In Zeiten mit schwächerer Konjunktur macht sich dieser Umstand besonders bemerkbar. Es war daher erforderlich, diese Lücke durch die Errichtung einer neuen Feineisenstraße zu schließen, deren Walzprogramm die Abmessungen anschlie-Bend an die Drahtstraße (von 8 mm ø aufwärts, bis zum Programm der 550er-Stabstraße) umfaßt. Mit dem Bau der neuen Feineisenstraße wurde Ende 1953 auf einem freien Gelände zwischen den Stahl- und Walzwerken und dem Zementwerk begonnen. Innerhalb eines Jahres sind hier mächtige Hallen entstanden, die maschinellen Einrichtungen sind zum größten Teil bereits montiert, so daß die Straße bereits in nächster Zeit den Betrieb aufnehmen kann.

Blecherzeugung erhöht

Danach berichtete Dr. Graef über die Lage im Blechwalzwerk. Schon immer war Oberhausen einer der größten Lieferanten für Bleche. Es hat Zeiten gegeben, in denen 50 Prozent der gesamten Oberhausener Rohstahlerzeugung im Blechwalzwerk Verwendung fand. Die Marktentwicklung auf diesem Gebiet wird daher mit besonderer Sorgfalt beobachtet. Wie der technische Direktor

erläuterte, wurde mit verhältnismäßig geringen Mitteln durch grundlegende Änderungen im Arbeitsverfahren die Blecherzeugung von etwa 30000 Tonnen auf 40000 Tonnen monatlich gebracht, wobei gleichzeitig die Qualität der Bleche wesentlich verbessert wurde. Bis auf die Modernisierung der Feinblechstraße in den Jahren 1950 bis 1952, deren Kosten sich längst bezahlt gemacht haben, wurde dabei an den Straßen selbst vorläufig nicht viel geändert. Investitionen erfolgten hauptsächlich bei den Wärmöfen und in den Zurichtereien. Geplant ist jedoch die aus dem Jahre 1900 stammende Grobblech-Trio-Straße durch eine moderne, elektrisch betriebene Quarto-Straße zu ersetzen.

Im Mittelpunkt: der Mensch

Zu der echten Modernisierung des Werkes, so betonte Dr. Graef besonders, gehören jedoch nicht nur Verbesserungen an Maschinen und sonstigen technischen Anlagen. Mindestens ebenso wichtig ist die Sorge um die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, die — drastisch ausgedrückt — ebenso zum Anlagevermögen des Unternehmens gehört, wie Gebäude und Maschinen. Dieser Vergleich deutet jedoch nur eine Seite des Problems an. "Wichtiger erscheint noch die Erhaltung der Gesundheit, der Lebensfreude, des Lebens und der Würde jedes einzelnen aus der Perspektive der Ideologie unserer abendländischen Kultur!" Mit diesem Satz leitete Dr. Graef auf den Arbeitsschutz über, dessen Bemühungen um den arbeitenden Menschen und den damit in Oberhausen erzielten Erfolg er noch einmal besonders würdigte.

Harmonie der Farben und Formen im neuen Dampikraftwerk, einer der bemerkenswertesten Neuanlagen der Nachkriegszeit. Unser Bild zeigt den Blick in die Maschinenhalle mit einer MAN-Vorschaltturbine, Bauart Ljungström, im Vordergrund. Diese Maschine hat eine Leistungstähigkeit von 18800 Kilo-Volt-Ampere – 14000 Kilowatt. Im Hintergrunde ist ein Teil der Nachschalt-Kondensationsturbine. Beide Maschinen können mehr als 40 Prozent des wöchentlichen Strombedarfes der Hütte decken. Eine zweite gleichartige Maschine befindet sich in Montage. Außerdem ist noch von zwei Hochofen-Turbogebläsen im Hintergrunde ein Teil zu sehen.



